

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei ins Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
 Unter Freyband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Abonnements-Einladung.

Für Monat Juni eröffnen wir ein neues Abonnement mit dem

„Berliner Volksblatt“

„Sonntags-Blatt“

als Gratisbeilage. Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienene Theil des Romans von E. Zola

„Zum Glück der Damen“

gratis und franco nachgeliefert. Postabonnenten, welche für den Monat Juni abonnieren wollen, haben bei ihren Postanstalten

1 Mark 10 Pfennig

anzugeben. Das „Berliner Volksblatt“ ist eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 892, V. Nachtrag.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie andere Expedition, Beuthstraße Nr. 3, Bestellungen zum Preise von 1,10 M. monatlich, frei ins Haus, entgegen.

Probennummern stehen auf Verlangen gratis und franco zur Verfügung.

Wir ersuchen unsere Freunde, hiervon recht zahlreich Gebrauch zu machen.

Die Expedition des „Berliner Volksblatt“, Beuthstraße 3.

Kapitalistische Scherze.

Ausländer, Fremde sind es zumeist, die unter uns den Geist der Rebellion, dergleichen Sünder, gottlob, selten Landeskindern, diese Heine'sche Strophe scheint der Augsburger Handelskammer vorgeschwebt zu haben, als sie sich über die in ihrem Bezirk bezw. in Stadt Augsburg von den Unternehmern der Textilbranche durchgeführte Reduktion der Arbeitszeit um eine Stunde täglich äußert.

Sie schreibt: „Als wichtigstes Ereignis des Berichtsjahres ist die im Laufe desselben in den meisten unserer Spinnereien eingetretene Reduktion der Arbeitszeit zu erwähnen. Obwohl in keinem Etablissement von den Arbeitern hierauf bezügliche Wünsche oder Anträge direkt äußert bezw. gestellt wurden, so ließ sich doch nicht verkennen, daß die von außen in die Reihen unserer (!) Arbeiter getragenen und in der Tagespresse fortwährend

genährte Agitation schließlich Dimensionen annehmen und noch bedenklichere Folgen nach sich ziehen konnte, und um dieser Agitation die Spitze abzubrechen und das bisher bestehende, im Ganzen gute Einvernehmen mit unseren (!) Arbeitern nicht durch Dazwischentreten fremder Elemente stören zu lassen, entschlossen sich die Spinnereien zu diesem Opfer (!), das allerdings ihre Resultate nicht unwesentlich beeinträchtigt hat und noch weiter beeinträchtigen wird, da die verlorene Stunde in keinem Falle ganz und in den wenigsten Fällen auch nur in erheblicherem Maße durch Vermehrung der Spindelgeschwindigkeit hereingebracht werden kann. Gelang es indes unseren Etablissements, durch dieses Opfer (!) das bisherige gute Verhältnis zu ihren Arbeitern zu erhalten, so war es keinesfalls zu groß und bleibt nur zu wünschen, daß sich auch ferner keine fremden Elemente störend zwischen u n s e r e (!) Arbeiter und Arbeitgeber drängen.“

Festgestellt sei zuvörderst, daß die Augsburger Textilarbeiter zu den schlechtestbezahlten, schlechtestgenährten und abgerackertsten Industrieproletariern Bayerns gehören; höchstens ihre Berufsgenossen an der sächsisch-böhmischen Grenze, in Hof und im Hofer Landbezirk können in diesen Dingen mit ihnen in Wettbewerb treten. Es sei ferner konstatiert, daß ein sehr großer Prozentsatz der Augsburger Spinnereiarbeiter, der Weber, Windsadennmacher u. s. f. aus den bedürftigsten, nicht organisierten, unaufgeklärten Schichten der böhmischen Arbeiterschaft rekrutiert wird, die nur zum Theil in die deutsche Arbeiterbewegung hineingezogen und zum Klassenbewußtsein und zur Solidarität aufgerüstet werden können; diese Thatsache, daß „unsere Arbeiter“, um den famosen im Stile des Königs Stumm geformten Ausdruck zu gebrauchen, größtentheils Ausländer sind, während die Sozialdemokratie durchgängig durch nationalbayerische, speziell augsbürgerische Arbeiter vertreten ist, wirft ein grelles Streiflicht auf die Genauigkeit des Kammerberichts, der fortwährend von den „fremden“ Elementen weimert, welche die braven Spinner verführen. Was nun die Herabsetzung der Arbeitszeit anlangt, für welche grrroße That die schwäbischen Baumwollenbarone in amtlichen, halbamtlichen und sonst gefühnigkeitsreichen Berichten, Blättern, Blättchen über den Schellenkönig gepriesen worden sind, so ist dieselbe in erster Reihe eine einfache Wirkung der tollen Ueberproduktion der letzten Jahre und als solche eine selbstverständliche im kapitalistischen Interesse erfolgte Vorsichtsmaßregel des Unternehmertums gegen die geil in's Kraut schießende Ueberzeugung gewesen. Nichts mehr und nichts weniger!

Die Industriellen schafften sich Lust, sie leerten ihre Lager, wurden allmähig die aufgestapelten Waaren los, schnellten dadurch die Preise für ihre Erzeugnisse in

die Höhe, steigerten die Nachfrage und erzielten einen flotten Geschäftsgang. Die Marge zwischen Widdling Orleans und Feingarnen war am 1. Januar 1889 76 Pf. pro Kilogramm, am Jahreschluß 87 Pf., die Marge zwischen Good fair Dholerah und Grobgarnen war Anfangs 1889 etwa 56 Pf. pro Kilogramm und am Jahreschluß etwa 62 Pf. „Siernach“, sagt der Handelskammerbericht ausdrücklich, „war die Lage der Spinnerei am Jahreschluß entschieden besser als am Beginn desselben.“ (Diese Worte sind auch im Verichte gesperrt gedruckt.)

Wenn die Herren Spinnereibesitzer sich damit brüsten, daß sie die Löhne nicht herabgesetzt hätten, obwohl doch der Arbeitstag verkürzt worden sei, so ist es in der That schwer, einen Lohn zu verkleinern, der die große Masse der Arbeiter durchgehends zu den härtesten Entbehrungen zwingt und sie dicht an der Hungergrenze läßt. Wenn sie pharisaisch klagen, daß ihr „Opfer“ nicht durch gesteigerte Produktivität der Arbeit wettgemacht werde, so darf man sich durch derlei Ausflüchte nicht irre machen lassen. Die Fabrikanten aller Länder bedienen sich mit rührender Harmonie immer dieses Vorwandes, wo es sich um Reduktion der Arbeitszeit handelt. Das erlebten wir in den vierziger Jahren in England, später in der Schweiz und in Oesterreich, und heute sind alle Sachkennner sich darüber klar, daß nach einer kurzen Uebergangsperiode nicht nur die frühere Arbeitsmenge, sondern ein größeres und besseres Quantum geschaffen werde Dank der erhöhten geistigen und leiblichen Frische der Arbeiter.

Welch ein Armuthszeugniß stellen sich nun die Unternehmer aus, wenn sie offen berichten, daß nur der Druck von außen, nur die Agitation der Arbeiterpartei und der Arbeiterpresse sie veranlaßt habe, ihrer Profitwuth einigermaßen Fägel anzulegen. Wir haben bereits im Vorhergehenden uns über den ausschlaggebenden wirtschaftlichen Faktor ausgesprochen, der hauptsächlich den Anstoß zur Herabsetzung des Arbeitstages gegeben hat. Es ist aber bezeichnend für diese christlich-germanischen Industriellen, die mit ihrer „Humanität“ so sehr prunken, daß sie durch die Arbeiterbewegung mit beeinflusst waren, als sie ihren Plan ausführten. Es ist das sozialpsychologisch sehr interessant. Die Schädlichkeit der Plusmacherei läßt keine Rücksicht auf die Leiden der Proletarier zu, wenn diese Proletarier nicht mahnend, energisch, geschlossen auftreten und den kapitalistischen Philantropen ein Zugeständniß entreißen.

Die Augsburger Sozialdemokraten haben alle Ursache, von diesem handelskammerlichen Zeugniß Notiz zu nehmen und bei der ersten passenden Gelegenheit die Herren Kartellbrüder, zu deren Häuptlingen unsere Textilbarone gehören,

Verkäufer, die ihnen jede Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Bezüge raubte. Wenn sie das Magazin verließen, gingen sie ins Cafe Saint-Roch, das bald von dem gekäuflichen Treiben der Kommis und vom Tabakrauch erfüllt war. Bier und Kaffee flossen in Strömen. Im Winkel links saß Vienard und ließ sich köstliche Sachen geben, denn er ward von seinem Vater unterstützt, während Deloche sich mit einem Vord begnügte, mit dem er vier Stunden hinbrachte. Hier hörte er, wie Javier an einem benachbarten Tische abscheuliche Dinge über Denise erzählte; über die Art, wie sie den „Patron“ gemacht hatte, indem sie die Röde aufhob, wenn sie vor ihm die Treppe hinauf ging. Deloche mußte sich zurückhalten, um ihn nicht zu ohrfeigen. Dann aber, als der Andere fortfuhr und behauptete, daß Denise jede Nacht hinabginge, um ihren Geliebten aufzusuchen, gerieth Deloche in die höchste Wuth und schimpfte Javier einen Lügner.

— Welch ein abscheulicher Keel! Er lägt, er lägt! Hören Sie? Ich kenne sie! Ich weiß ganz gut... Sie hat nur für einen Mann in ihrem Leben Neigung gefühlt, das war Gutin, und der hat nichts gewußt davon; er kann sich nicht rühmen, sie mit einem Finger beührt zu haben.

Das Magazin belustigte sich über diesen Streit, der in übertriebener Weise erzählt wurde, als die Geschichte von dem Briefe Mourrets die Runde machte. Vienard vertraute dieselbe vor Allem einem Kommis von der Seiden-Abtheilung. In dieser Abtheilung ging die Inventur rasch von statten. Javier und zwei Kommis leerten die Fächer, reichten die Stoffe Gutin, der mitten in einem Tische stehend die Ziffern ausrief, nachdem er die Etiquetten geprüft hatte, dann warf er die Stücke zur Erde. Sie bedachten nach und

Feuilleton.

„Zum Glück der Damen.“

Roman von Emile Zola.

Autorisirte Uebersetzung von Armin Schwarz.

Als er Denise sah, machte er eine erstaunte Geberde. War sie denn heruntergekommen? schien er sich zu fragen. Seine Blicke begegneten jenen der Madame Aurelie. Dann, nach kurzem Weilen entfernte er sich und trat in der Abtheilung für Brautausstattungen ein.

Inzwischen hatte Denise den Kopf erhoben und nachdem Mourret erkannte, sich gleich wieder über ihre Blätter gebeugt. Seitdem sie ihre Inventurbogen zu schreiben begonnen, hatte ihre Aufregung sich ein wenig besänftigt. Sie war ganz bei der Arbeit und entschlossen, ihr Herz zu schweigen zu machen und nichts als ihre Pflicht zu thun.

Es schlug 10 Uhr, der Lärm der Inventur stieg immer höher; und inmitten dieses Lärmes zirkulirte eine Nachricht von ungläublicher Schnelligkeit durch alle Abtheilungen: Der Kommis mußte es bereits, daß der Patron am Morgen seinen geschrieben und sie zum Diner eingeladen habe. Diese Indiskretion kam von Seite Paulinens. Als sie herunter kam, begegnete sie Deloche in der Spigen-Abtheilung und bemerkte, daß Vienard in der Nähe sei, hatte sie die Neugier erzählt.

— Es ist gemacht, mein Lieber, sie hat soeben einen Brief erhalten, er ladet sie für heute Abend ein. Deloche erbleichte. Er hatte begriffen, denn er befragte

öfter Pauline; sie plauderten alle Tage von ihrer gemeinschaftlichen Freundin, von der Liebeslaune Mourrets, von der famosen Einladung, mit welcher das Abenteuer schließen würde. Sie schalt ihn übrigens aus für seine heimliche Liebe zu Denise, von der er niemals etwas erlangen werde, nicht einmal den kleinen Finger und sie zuckte die Achseln, als er sagte, Denise hätte Recht, dem Patron Widerstand zu leisten.

— Ihr Bein ist hergestellt, sie kommt herunter, fuhr Pauline fort. Machen Sie doch keine solche Leichenbittermiene... Es ist ein Glück für sie, was sich ereignet... Und sie eilte in ihre Abtheilung zurück.

— Aha! sagte Vienard; es handelt sich um das Fräulein mit dem verstauchten Fuße!... Nun, Sie hatten Ursache, sie gestern Abends im Kaffee so warm zu vertheidigen!...

Und nun ging auch er und ehe er in seiner Wollwaaren-Abtheilung anlangte, hatte er die Geschichte vier oder fünf Kommis erzählt und in weniger denn zehn Minuten machte sie die Runde durch alle Abtheilungen.

Die letzte Bemerkung Vienards bezog sich auf eine Szene, die am Abend vorher im Cafe Saint-Roch stattgefunden hatte. Deloche und Vienard waren jetzt eng befreundet. Der Erstere hatte Gutins Zimmer im Hotel de Smyrne übernommen, als dieser zum zweiten Abtheilungs-Vorsteher ernannt worden und eine aus drei Zimmern bestehende Wohnung gemiethet hatte. Und die beiden Kommis kamen am Morgen zusammen ins „Glück der Damen“ und gingen am Abend mit einander fort. Ihre Zimmer lagen neben einander und sie lebten freundschaftlich beisammen, trotz der Verschiedenheit ihrer Charaktere und nur in einem Punkte einander ähnlich: in ihrer Ungeschicklichkeit als

auf dasselbe mit kräftigem Hammerhiebe festzunageln. Ein bündiger Beweis für die sozialpolitische Nothwendigkeit unserer Partei kann doch gar nicht geführt werden, als durch die schwäbischen Unternehmer selbst, die ohne Scham und Scheu kundgeben, daß sie aus freien Stücken auch für das länglichste Stückchen Sozialreform nicht zu haben sind, daß die Furcht vor der Arbeiterbewegung der Motor ist, der die schlechtfunktionirende Maschine der „Humanität“ wider Willen in Gang zu bringen vermag. Daß die gedrückten, in harter Frohnarbeit sich plagenden Spinnereiarbeiter nicht „direkt“ an die allmächtigen Herren sich wenden, ist doch einleuchtend. Bei dem Mangel an Organisation wäre die Maßregelung, die Entlassung, die Achtung durch die schwarze Liste, und soweit sie Ausländer sind, gegebenen Falles auch der Schuß ihr Loos gewesen. Der glücklicher Weise diesmal in Ulm durchgefallene Reichsbote, Herr von Fischer, der erste Bürgermeister von Augsburg, einer der unangenehmsten Nationalliberalen, die im Reichstag gestrebt haben, zeichnet sich durch seine „Schneidigkeit“ gegen die Sozialdemokratie gar sehr aus. Der Herr ist in Bayern sehr gut bekannt, und die großbürgerlichen Interessen hat dieser Parlamentarier a. D. stets gehütet, sorgfältiger als Fasner den Nibelungenhort. So ist es denn klar, daß die nicht unter der Fuchtel der Spinnherren stehende Arbeiterschaft die Sache in die Hand nahm. Und nicht ohne Erfolg, wie die Thatsachen beweisen.

Zimmer tiefere Wurzeln schlägt in Augsburg, dieser neben Nürnberg größten Industriestadt Bayerns, der Sozialismus. Lastete nicht der furchtbare Druck einer alles verelendenden Mißere gar zu sehr auf der Textilarbeitererschaft, dann wäre dieser Wahlkreis bereits heute unser. Die letzten Ergebnisse sind vielversprechend, unsere Partei gab den Ausschlag bei der Stichwahl.

Es ist zu hoffen, daß die nächsten fünf Jahre den Fortschritt der Arbeiterbewegung beschleunigen werden. Bei der nächsten Wahl wird auf die kapitalistischen Scherze eine Antwort erfolgen, voll von herzerquickendem proletarischen Ernst.

Politische Uebersicht.

Der Triumph Bismarck's. Die „Hamburger Nachrichten“, das letzte Bismarck'sche Reptil, fühlen sich veranlaßt, einen Triumph des Fürsten Bismarck über die Sozialdemokratie zu behaupten. Sie schreiben nämlich:

„Die amtliche Thätigkeit des Fürsten Bismarck war in den letzten Jahren wesentlich der Erhaltung des Friedens und der Bekämpfung der Sozialdemokratie gewidmet. Das auch letzteres Bemühen nicht ohne Erfolg geblieben ist, beweist die wüthende Feindschaft, die dem Fürsten Bismarck von sozialdemokratischer Seite selbst jetzt noch, nachdem er nicht mehr im Amte ist, bei jeder Gelegenheit bewiesen wird. Der glühende Haß der Sozialdemokratie gegen den großen Staatsmann äußert sich vorwiegend als fanatischer Ausbruch wilder Freude über jeden noch so thörichten und gebärgigen Angriff der in- oder ausländischen Presse auf den Fürsten, über jede noch so unwürdige Verdächtigung desselben. Den Erfolg der Bismarck'schen Politik gegen die Sozialdemokratie könnten die begeistertsten Verehrer des ersten Kanzlers des deutschen Reiches nicht besser und überzeugender vor Augen führen, als es dieses sozialdemokratische Verhalten thut.“

Für besonders stichhaltig wird dieser Beweis kaum gelten können, denn er beruht zunächst auf einer Unwahrheit. Gerade die sozialdemokratische Presse bekümmert sich jetzt so gut wie garnicht um den Fürsten Bismarck. Für sie ist der alte Mann vollkommen abgethan, und wenn sie hier und da noch einmal von irgend einer seiner gleichgültigen Handlungen und Aeußerungen Notiz nimmt, so geschieht es nur, um aus ihnen gelegentlich den geistigen Auflösungsprozeß nachzuweisen, der sich bei dem „Manne des Jahrhunderts“ gegenwärtig vollzieht. Sie könnte darüber allerdings noch passender unter der Rubrik „Vermischtes“ berichten. Was aber die „Erfolge“ des Fürsten Bismarck im Kampfe gegen die Sozialdemokraten anbetrifft, so genügt es auf die anderthalb Millionen sozialdemokratischer Stimmen bei der letzten Wahl und auf die bevorstehende Preisgabe seines

nach das Parquet vollständig und bildeten einen immer größeren Haufen. Andere Angestellte schrieben. Albert Rhomme half beim Schreibgeschäfte, sein Gesicht war matt und bleich von einer schlaflosen Nacht, die er in einer Kneipe zu Batignolles durchschwärmte hatte. Durch das Glasdach fiel ein heller Sonnenstrahl herein und man konnte das heitere blaue Firmament sehen.

— Man ziehe die Vorhänge herab! schrie Bouthemont, welcher die Inventur überwachte; der Sonnenschein ist ja unerträglich.

Javier, der sich eben auf die Fußspitzen erhob, um ein Seidenstück zu erlangen, brummte vor sich hin:

— Wie man nur bei einem solchen Prachtwetter die Leute einsperren kann! In einem Inventurtag giebt es niemals Regen und alle Miegel werden vorgeschoben als wären wir louter Galeerensträflinge, während draußen ganz Paris spazieren geht.

Dann reichte er das Stück Gutin hin. Auf der Etiquette war die Menge in der Weise ersichtlich gemacht, daß nach jedem Verkauf das verkaufte Quantum abgeschrieben wurde, dieses vereinsachte die Arbeit sehr erheblich. Der zweite Kommiss rief:

— Fantasie-Seide, klein karriert, 21 Meter zu 6 Francs 50.

— Und das Stück wanderte zu den übrigen auf die Erde. Dann setzte er ein Gespräch fort, welches er mit Javier begonnen hatte.

— Also er wollte Sie prügeln?

— Freilich ja, ich trank ganz ruhig meinen Bod. . . Es war wohl der Mühe werth, mich zu dementiren. Die Kleine hat soeben einen Brief vom Patron erhalten, der sie zum Diner einladet, man spricht im ganzen Hause davon.

— Wie, ist die Sache noch nicht geschehen?

Javier reichte ihm jetzt ein neues Stück.

— Nicht wahr, man hätte die Hand dafür ins Feuer gelegt, die Geschichte schien sogar schon alt zu sein.

— Jdem, 25 Meter! schrie Gutin.

Man hörte das Stück dumpf zur Erde fallen. Dann fügte er leise hinzu:

Sozialistengesetzes hinzuweisen. Womit freilich nicht gesagt sein soll, daß ein anderer mehr Erfolg in diesem Kampfe gehabt haben würde, oder in Zukunft haben wird.

Wie ungeheuer viel für die Arbeiter jetzt überall gehen werde, ist gegenwärtig das beliebteste Lied der in- und ausländischen Bourgeoispresse. So schreibt der Pariser „Figaro“:

„Ich greife vielleicht voraus, wenn ich die Arbeiter schon heute „Könige“ nenne; vielleicht sind sie erst „Dauphins“ in einer Gesellschaft, welche die Arbeitgeber für ihre Fehler auszupeitschen beginnt. Aber ihre endgiltige Thronbesteigung steht nahe bevor, und sie sind sicherlich die Könige des 20. Jahrhunderts. Schon kümmert man sich in der That von einem Ende Europas bis am andern nur noch um die Arbeiter. Souveräne, Minister, Parlamente, Kongresse, religiöse, philanthropische, philosophische, volkswirtschaftliche Vereinigungen beschäftigen sich nur noch mit ihnen. Der mächtigste Kaiser der Welt ladet sie an seine Tafel, läßt sie in seinem Calawagen fahren, fährt sie ins Theater und auf die Promenade. Man hätschelt sie, verzärtelt sie, packt sie in Baumwolle! Ohne Zweifel verdient ihr Schicksal Interesse, und alles, was dasselbe mildern kann, ist der liebevollen Aufmerksamkeit aller edlen Geister würdig. Aber überschreitet man nicht ein wenig das Maß? Verwirrt man nicht die Köpfe derjenigen, denen man helfen will, indem man sie über den Grad der möglichen Verbesserung täuscht? Verschlimmert man nicht bedeutend die soziale Gefahr, in dem man Ansprache nährt und fördert, die bald als Rechte angesehen werden?“

Schade, daß die Arbeiter von all den Herrlichkeiten, die ihnen angeblich entgegengebracht werden, nichts merken. Wahr ist nur, daß die soziale Frage, wie es sich gehört, gegenwärtig die öffentliche Diskussion vollkommen beherrscht. Das verdankt das Proletariat aber nicht der Liebenswürdigkeit der Bourgeoisie, der bei diesen Debatten sehr schwill zu Muth wird, sondern ihrer eigenen organisierten Kraft.

Von Seiten der französischen Arbeiterpartei geht uns folgende Erklärung zu:

Es ist unserers Erachtens wichtig, daß die deutschen Genossen, die noch für die „französischen Possibilisten“ einige Freundschaft haben, beifolgenden Brief, im „Parti ouvrier“ erschienen, kennen lernen, und ihn im Gedächtniß behalten. Daß der „Parti ouvrier“ sich ganz in den Händen der Regierung befindet, ist gar keine Frage. Ein solcher Brief ist schon ein genügender Beweis dafür. Unsere deutschen Kampfgenossen sind unser, der Marxisten, zu sicher, um von uns eine Antwort oder eine Gegenklärung zu erwarten.

Wir haben immer Hand in Hand zusammen gekämpft und wir werden es immer thun. Aber ein solcher Brief und viele ähnliche Erklärungen der Herren Broussé, Joffrin, Lavy sind genügend, um zu bewirken, daß die Possibilisten, die wegen ihres Verhaltens am 1. Mai bereits von allen französischen Arbeitern und Sozialisten in Vann gethan sind, von allen ausländischen Parteien mit Verachtung behandelt werden.

Noch Eines ist zu erwähnen. Gegen unser Blatt, den „Combat“, der in Frankreich bei den Arbeitern erfolgreich war, hat Herr Constant sich genöthigt gesehen, den schon erloschenen „Parti ouvrier“ noch einmal erscheinen zu lassen. Aber nichtsdestoweniger sind wir immer bereit, den Kampf fortzuführen, zunächst mit unserem Blatt, dem „Socialiste“. Unsere Genossen in Deutschland können sich auf uns verlassen, wie wir uns auf sie verlassen. Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

Im Namen der Arbeiterpartei in Frankreich,

Bernard.

Der in vorstehendem Schreiben erwähnte Brief des „Parti ouvrier“ lautet:

An die Arbeiter.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Manifestation des 1. Mai von dem Spaltungs-Kongreß (Congrès divisionniste), den die Deutschen 1889 gegen den regelrecht einberufenen (Possibilisten-) Kongreß organisiert haben, beschlossen worden ist.

Auf jenem Kongreß, der in seiner Mehrheit aus Deutschen bestehend, worunter neunzig Offiziere und Unteroffiziere der Landwehr, haben die Lieblnecht und Bebel, unterstützt von den mehr oder weniger französischen Marxisten: Lafargue und Longuet, Schwieger-Söhnen des Karl Marx, — Guesde und Villant, Anbetern des Meisters, — alles Leute, deren Anstrengungen seit zehn Jahren darauf gerichtet sind, die Arbeiter zu spalten und den französischen Sozialismus dem deutschen unterzuordnen, — die Feier des 1. Mai beschlossen.

— Sie müssen wissen, sie hat ihr Leben da drüben gestiftet, im Hause dieses alten Narren Bourras.

Jetzt war schon die ganze Mithteilung in einer heiteren Unterhaltung begriffen, ohne daß die Arbeit deshalb gestoppt hätte. Bouthemont selbst konnte sich nicht enthalten, einen abgesehenen Scherz zu riskiren. Albert schwur, er habe die zweite Vorsteherin der Konfektions-Abtheilung mit zwei Soldaten gesehen. Jetzt kam eben Mignot herab mit den 20 Francs, die er erborgt hatte. Er blieb bei Albert stehen, steckte ihm ein 10 Francsstück zu und gab ihm ein Rendezvous für den Abend; es handelte sich um irgend eine Lustbarkeit, welche durch den Mangel an Geld allerdings bedroht war, nun aber doch möglich geworden war, nachdem sich Mignot Geld zu verschaffen gewußt. Der schöne Mignot, als er die Geschichte von dem Brief erfuhr, machte einen so derben Spas darüber, daß Bouthemont sich genöthigt sah dazwischen zu treten.

— Genug, meine Herren, das geht uns nichts an. Vorwärts, Herr Gutin!

— Fantasie-Seide, klein karriert, 32 Meter zu 6 Francs 50, rief Lehreter.

Die Federn fuhren fleißig über das Papier, die Stücke fielen zur Erde, der Haufen ward immer größer. Und die Diste der Fantasie-Seiden wollte kein Ende nehmen. Javier bemerkte halblaut, der Stoff sei sehr schön, die Direktion darf zufrieden sein. Dieser dumme Bouthemont sei der erste Einkäufer in Paris, als Verkäufer sei er freilich nicht viel werth. Gutin lächelte entzückt und gab mit einem Kopfnicken seine Zustimmung zu erkennen, denn nachdem er selbst Bouthemont beim „Glück der Damen“ eingeführt hatte, um Robineau zu verdrängen, unterminierte er nun seine Stelle, um sie für sich selbst zu erlangen. Es war der nämliche Krieg wie ehemals, per side Verlaumdungen, die man den Geiß zulüsterete, ein übertriebener Eifer, um den eigenen Werth besser hervortreten zu lassen, kurz ein ganzer geheimer Feldzug.

Indeß blickte Javier von der Seite mißtrauisch auf Gutin, der ihm jetzt wieder einige Herablassung zeigte: mager, kühl und gallig, wie er war, schaute er das unterjette Männchen mit einer Miene an, als wollte er ihm jeden

Diese Feier hatte für die Deutschen vor Allem den Zweck, zu sehen, bis zu welchem Punkt man die Desorganisation Frankreichs im Fall eines Krieges mit Deutschland treiben könnte.

Das ist so wahr, daß Lieblnecht, während er durch Schreien an die französischen Sozialisten die Manifestation in Frankreich begünstigte, sich nebst seinen Freunden mit aller Macht ins Zeug legte, um die Manifestation in Deutschland hartlos zu machen.

Zu diesen Thatsachen füge man der Haltung gewisser Sozialisten, welche in Versammlungen erklärten, daß im Falle eines Krieges mit Deutschland, die Mobilmachung in Frankreich durch Aufreißen der Eisenbahnschienen verhindert werden müsse. Und hierauf sage man, es bestehe kein von langer Hand vorbereiteter Plan, von dem (man muß es zu ihrer Ehre annehmen) unsere Marxisten keine Ahnung haben.

Können wir endlich vergessen, daß Lieblnecht und Bebel, nachdem sie 1870 gegen den Krieg und gegen die Eroberung ruhmvoll Verwahrung eingelegt haben, ganz neuerdings ihre Vergangenheit verleugnet und der Bismarck'schen Politik ihre Unterstützung geliehen haben, indem sie bei den letzten Wahlen die eifrig-lothringischen Sozialisten veranlaßten, sich von den Protespatrioten zu trennen, denen sie auf diese Weise 20 000 Stimmen entzogen haben. Und das ist der Anfang der moralischen und endgiltigen Annexion durch das Handeln der deutschen Sozialisten!

Wir achten die sozialistischen Arbeiter Deutschlands, aber wir müssen denen mißtrauen, welche sie führen — namentlich wenn wir sehen, daß diese Führer Zwietracht unter uns säen und durch ihre Manöver die preussische Eroberung befördern.

Wenn wir auf der andern Seite die Man, die Moris, die Leo Targil, die Drumont — Freunde der Marxisten (— Cassagnac u. s. w. an der Arbeit sehen, um Verwirrung zu erzeugen, selbst durch den Boulangismus, ist es dann möglich, das Falle nicht zu sehen, die uns gestellt ist.

Alle diese Reaktionen möchten die Aufrufe auf die Straße bringen, damit die Regierung der Republik zu einer blutigen Unterdrückung gezwungen wird, welche zur sofortigen Wählung hätte, die Republikaner in zwei feindliche Lager zu theilen, wie nach der Juniflut 1848 und für irgend eine Restauration (monarchische Regierung) den Weg zu bahnen, welche die deutsche Hegemonie annehmen müßte, und damit beschäftigt, das Proletariat unter dem Joch des Kapitalismus zu halten, die französischen Arbeiter entwoassern und vielleicht für immer zermalmen würde.

Pacord,

Mitglied des Centralcomitees von 1871,

16 Rue de Nemours, Paris.

Dieser Brief, der ohne Kommentar im „Parti ouvrier“ abgedruckt ist, bedarf auch unsererseits keines Kommentars, da Jedermann auf den ersten Blick sieht, daß es die Ausgeburt eines trunkenen Hirns ist.

Dem Reichstag ist eine Petition des Vereins der Kolonialwaaren-Handlungsgehilfen für Hamburg und Sondershausen, in welcher um Beschränkung der Arbeitszeit der Woche auf 12 Stunden und an Sonn- und Festtagen auf 4 Stunden, so daß Mittags 12 Uhr Schluß der Arbeit eintritt, gebeten wird. Obgleich diese Forderungen sehr bescheidene genannt werden müssen, kann man schon jetzt sagen, daß keine Petition vorhanden ist, daß dieselben im Reichstag Erfüllung finden. Indessen ist die Begründung der Petition von so allgemeinem Interesse, daß der wörtliche Abdruck derselben sich rechtfertigt. Derselbe zeigt, daß im kaufmännischen Gewerbe Zustände bestehen, wie sie im Handwerk und in der Industrie kaum schlimmer zu sehen können. Die Petition lautet:

Hoher Reichstag.

Angesichts der an den höchsten Stellen des Deutschen Reiches, bei der kaiserl. Regierung und dem Deutschen Reichstag herrschenden Tendenz, das Loos der Arbeiter zu verbessern, laubt der ehrerbietig unterzeichnete Verein sich die Bitte, auch die Lage seiner Mitglieder, der Kolonialwaaren-Handlungsgehilfen, eine nicht viel bessere, ja zum Theil eine wesentlich schlechtere als bei Fabrikarbeitern ist, einer Berücksichtigung unterziehen zu wollen. Er sendet sich bei den Arbeitern um 8 bis 10, höchstens 12 Stunden Arbeitszeit handelt, wird dem Kolonialwaaren-Handlungsgehilfen jaft ohne Ausnahme eine 16-18stündige und 17-18stündige sowohl an Wochen- wie an Sonn- und Festtagen auferlegt. Als Erholung von dieser, ungebührlich gedehnten Arbeitszeit, welche es mit sich bringe, daß der Gehalt fortwährend auf den Weinen ist, wird außer der überaus langen und fast regelmäßig unterbrochenen Mittagszeit, einmal in der Woche die Zeit von Abends 7-10 $\frac{1}{2}$ und jeden dritten Sonntag

*) Im Original lautet diese durch gesperrten Druck liegende Letzern — ausgezeichnete Stelle:

Cette journée, pour les allemands, a surtout pour but de voir jusqu'à quel point on pourrait pousser à la désorganisation de la France en cas de guerre avec l'Allemagne.

Wissen nachzählen; es war, als würde er darauf warten bis Gutin Bouthemont aufgeessen haben würde, um dann seinerseits Gutin aufzufressen. Er hoffte, den Platz des zweiten Kommiss zu erhalten, falls es Gutin gelingen würde Bouthemont zu verdrängen. Dann wird man weiter sehen. Und sie sprachen weiter von den voraussichtlichen Gehaltserhöhungen, ohne sich deswegen in der Ausführung der Seidenstücke zu unterbrechen. Man schätzte die Einkünfte Bouthemonts dieses Jahr auf 30 000 Francs, Gutin wird mehr als 10 000 Francs einnehmen; Javier veranschlagte für Bezüge sammt Provision auf fünftausendhundert Francs. Die Abtheilung machte von Jahr zu Jahr bessere Geschäfte und die Kommiss stiegen in ihren Bezügen immer höher.

— Sind wir noch immer nicht fertig mit diesen leichten Seidenstücken? rief Bouthemont ärgerlich. Wir haben auch einen sauberen Fuchling, heuer! Nichts als Regen. Man hat nichts als schwarze Seiden gekauft.

Sein breites, lachendes Gesicht verdüsterte sich; er schenkte den Haufen auf der Erde immer größer werden, während Gutin fortfuhr, mit heller, triumphirender Stimme auszurufen:

— Fantasie-Seide, klein karriert, achtundzwanzig Meter zu 6 Francs 50!

Es war noch ein ganzer Fachkasten voll da. Javier war müde und besaß sich darum nicht sehr. Während Gutin die letzten Stücke reichte, sagte er ihm leise:

— Ich vergas Ihnen zu erzählen: Man spricht davon, daß die zweite Vorsteherin der Konfektions-Abtheilung Sie vernarrt sei.

Der junge Mann war sehr überrascht.

— Wie, was? fragte er.

— Ja, dieser Simpel Deloche hat dieses Geheimniß verrathen. Ich erinnere mich jetzt, daß sie Ihnen früher immer auf der Spur war.

Seitdem Gutin zum zweiten Kommiss avancirt, gab er sich nicht mehr mit den Sängern der Caséthe zert ab, sondern prahlte, daß er jetzt mit Gouverneurinnen und Lehrerinnen seine Liebeshändel habe. Obwohl er im Grunde sehr geschmeichelt fühlte, erwiderte er mit ringschüßiger Miene:

von 8 Uhr Nachmittags bis Abends 10 1/2 Uhr zum „Ausgehen“ gewährt, welche Zeit indes durch verschiedene Zurückhaltungen meist noch verlängert wird.

Zu dieser übermäßigen Ausbeutung der Arbeitskraft der Gehilfen, welche kaum die notwendige Nachtruhe gewährt und wohl in ähnlicher Weise in keiner anderen Gewerbebranche vorkommen dürfte, daher auch häufig in kurzer Zeit die kräftigsten jungen Leute aufreibt, kommt bei einem Salair von ca. 180 bis höchstens 200 M. pro Anno noch weiter hinzu, daß in den meisten Fällen eine überaus mangelhafte Verköstigung und eine schlechte wohnliche Unterbringung üblich ist. Die letztere spottet oft jeder Beschreibung. Da es fast Regel ist, daß die Gehilfen im Geschäftshause wohnen, wird ohne Rücksicht auf die Vorschriften der Bauordnung jeder erhebliche Platz, auf dem Boden, in feuchten Kellern, in einem Winkel unter den Treppen etc., ohne jegliche Rücksicht auf die eigentlichen Nachteile für die Gesundheit, zur Unterbringung derselben benutzt. Es mag man dabei, daß der Boden, in welchem der Kommissar, ca. 18 Stunden ununterbrochen thätig sein muß, an strenger Kälte nicht geheizt wird, so ergibt sich ein erschreckendes Bild von der Lage der genannten Gehilfen, gegen welche diejenigen der am schlechtest gestellten Arbeiter noch beneidenswert erscheinen dürfte.

Auf gleichem, beziehentlich noch tieferem Niveau der Trostlosigkeit befindet sich der Zustand der Lehrlinge genannter Branche. Abgesehen davon, daß alles eben Gesagte auch auf diese Anwendung findet, während ihre Kräfte naturgemäß nicht die gleichen sind, daß ihre Anspannung oft noch weiter geht, da sie sich auch jeder nicht geschäftlichen Hausarbeit unterziehen müssen, ist ihnen jede weitere theoretische, geschäftliche Ausbildung in einer Handelsschule unmöglich gemacht, so daß sie an das einmal gewählte Fach gefesselt bleiben und auch von der Kolonialwaarenbranche selbst keine weiteren Kenntnisse und Anschauungen erwerben können, als die beschränkten und Kleinlichen, welche ihnen der tägliche Dienst im Laden gewähren kann.

Es könnte scheinen als ob der Bitte des ehrenbleibig unterzeichneten Vereins um gesetzliche Hilfe gegen diesen zweifellosten Missethater, die Antwort entgegengekehrt werden könnte, daß die sämtlichen berechtigten Verhältnisse durch freie Vereinbarungen geregelt werden müßten und könnten. Aber diese Ansicht würde nicht zutreffen. Bei der Uebereinstimmung, nämlich fast aller Kolonialwaarenhändler in detail in Hamburg in Bezug auf die oben geschilderten Verhältnisse und Einrichtungen, bleibt dem einzelnen Gelehrten der dagegen reklamieren würde, nichts übrig als sich zu fügen oder auf jegliche Stellung in der Branche zu verzichten. Den besten Beweis für diese Sachlage liefert die Thatsache, daß schon zu wiederholten Malen, sowohl von den bedrängten Gehilfen als auch von einigen wohlwollenden Inhabern der genannten Geschäfte, der Versuch gemacht worden ist, eine Aenderung in den unerträglichsten Punkten, namentlich bezüglich der Arbeitszeit zu erzielen, daß aber solche Versuche regelmäßig an der unerfüllbaren Forderung, mit welcher die überwiegend größte Zahl der Inhaber anleit, mit welcher die überwiegend größte Zahl der Arbeiter, den geschilderten Mißbräuchen festhalten, scheiterten. Die Gründe, welche in solchem Falle von den absehenden Geschäften gegen eine Arbeitszeit von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends vorgebracht werden, gehen dahin, daß bei solcher Einrichtung die arbeitende Klasse keine Gelegenheit haben würde ihre Einkäufe zu besorgen. Diese Gründe sind hinfällig, da, soweit der männliche Theil der Arbeiter überhaupt in Frage kommt, derselbe von der Erbringung seiner Arbeitszeit, spätestens von 7 Uhr Abends an, genugsam Zeit haben würde, seinen etwaigen Bedarf einzukaufen. Ebenjowenig von Erfolg dürfte es aber sein, sich mit dieser Bitte um gesetzliche Abhilfe dieses, eine zahlreichere Klasse von jungen gewerbetreibenden Kräften treffenden Nothstandes an den gesetzgebenden Körper des Staates Hamburg, die Bürgerschaft zu wenden, da dieselbe Angelegenheit auf das große Gebiet der Arbeitsorganisation hinüberreicht, auf welchem sich die Hamburger Bürgerschaft nicht für zuständig erachten könnte.

Unter diesen Umständen waagt der ehrenbleibig unterzeichnete Verein die ergebnisse Bitte anzusprechen: Ein hoher Reichstag wolle veranlassen, daß die berechtigten Zustände hinsichtlich der Arbeitszeit, namentlich dadurch, daß dieselbe an Wochentagen auf eine zwölfstündige, an Sonn- und Festtagen auf eine achtstündige (etwa von 8-12 Uhr Vormittags, unter gänzlichen Wegfall derselben an einen etwaigen zweiten Festtag beschränkt wird, einer gesetzlichen Regelung unterzogen werden.

Als ein verunglücktes Dementi bezeichnet die „Freis.“ die Ablehnung der von ihr mitgetheilten Steuerpläne der Regierung durch die „Berl. Pol. Nachr.“ Sie schreibt: „Der Berliner Politischen Nachrichten“, welche sich mitunter so stellen, als ob sie noch von der Regierung zu Mittheilungen bemüht wären, erklären, daß die Nachricht der „Freisinnigen Zeitung“, es bestuhe innerhalb der verbündeten Regierungen die Absicht, zur Deckung der erhöhten Militärkosten eine Besteuerung der Streichhölzer und eine Besteuerung der Quittungen vorzuschlagen, der Begründung entbehrt.“ — Daß die Pläne schon zu Entwürfen der verbündeten Regierungen“ herangereift sind, hat die „Freis.“

sinnige Zeitung“ nicht gesagt. Wohlweislich haben wir geschrieben, daß die Projekte der Besteuerung der Streichhölzer und der Quittungen, in den maßgebenden Kreisen bereits ventilirt werden, wenigstens die bezüglich Pläne noch nicht zu Entwürfen formulirt sind.“ — Man wird sich erinnern, daß einst, nicht lange vor der Ausarbeitung des Entwurfes eines Tabakmonopol-Gesetzes Herr v. Boetticher auch erklärte, daß innerhalb der verbündeten Regierungen von solchen Plänen nichts bekannt sei.“

Der Innungsrat endigte nach einer langen, konfusem Diskussion über Innungsausschüsse und dasjenige, was sie noch leisten sollten. „Onkel“ Fehlich verlangte, bescheiden und geistreich wie gewöhnlich, eine Gesetzgebung zum Schutze der Arbeitgeber. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, welcher alle Innungen verpflichtete, gemeinsame Ausschüsse niederzusetzen. Diesen Ausschüssen müsse auch auf Antrag das Recht übertragen werden, für Meister, Gesellen und Lehrlinge obligatorische Krankenkassen einzurichten.

Das Reichs-Versicherungsamt hat nach Anhörung der Berufsvereins-Vorstände bezüglich derjenigen Unfälle, bei welchen die Entschädigungspflicht einer Berufsgenossenschaft unbestritten ist und nur Zweifel über die örtliche Zuständigkeit mehrerer sachlich zuständigen Genossenschafts-Organen bestehen, vor Kurzem die Entscheidung getroffen, daß künftighin die örtlichen Feststellungs-Organen einen Entschädigungs-Anspruch, der auch nach ihrer Auffassung gegen die Berufsgenossenschaft unzweifelhaft begründet ist, nicht deshalb zurückweisen dürfen, weil sie ihre örtliche Zuständigkeit bestreiten, vielmehr von Amtswegen mit dem vermeintlich zuständigen Organ in Verbindung zu treten, und, falls eine Verständigung nicht gelingt, die Sache zur weiteren Behandlung an den Genossenschafts-Vorstand abzugeben haben. Behreter hat dasjenige örtliche Feststellungs-Organ zu bezeichnen, welches sich der Rentenbemessung zu unterziehen hat. Durch diese Entscheidung des Genossenschafts-Vorstandes wird in denjenigen Genossenschaften, in denen durch Statut eine Theilung des Risikos zwischen den Sektionen und der Berufsgenossenschaft vorgegeben ist, der Frage nicht vorgegriffen, welcher Sektion die Entscheidung des betreffenden Unfalls theilweise zur Last fällt. Sofern nach Erledigung des Feststellungs-Verfahrens die Frage der Vertheilung der Entschädigungslast innerhalb der Berufsgenossenschaft noch zu Zweifeln Anlaß geben und eine Verständigung auch durch Vermittelung des Genossenschafts-Vorstandes nicht zu erreichen sein sollte, würde die Entscheidung hierüber im Aufschlagswege vom Reichs-Versicherungsamt getroffen werden müssen.

Im Wahlkreise Eberbarnim scheint der Rückgang der sozialistischen Stimmen im ersten Wahlgange gegen den 20. Februar die Folge einer Wahlfälschung der konservativen Partei zu sein. Unter der Ueberschrift „Die Zentralleitung“ brachte nämlich das „Oberbarnimer Kreisblatt“ am Tage vor der Wahl ein Inserat, welches die Arbeiter aufforderte unter Berufung auf den Beschluß von St. Gallen, sich an der Stichwahl nicht zu betheiligen. Daß das Inserat nicht von sozialdemokratischer Seite veranlaßt war, ist selbstverständlich.

Wahlprotest. Gegen die Wahl des Reichstagsabgeordneten Dr. Rindich-Bronn ist von dem sozialdemokratischen Wahlkomitee in Bonn ein Protest bei der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages am 10. v. M. eingegangen. Derselbe ist von dem sozialdemokratischen Wahlkomitee unterzeichnet.

Das Abgeordnetenhaus führte am Mittwoch die zweite Beratung der Sperrgeldvorlage zu Ende. Es kam bei derselben zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Stöder auf der einen und den Abgg. Dr. Windthorst und Dr. Porich (Zentrum) auf der anderen Seite, in welcher die letzteren Auslassungen des Abg. Stöder über den Kulturkampf als Hebräe bezeichneten. Neue sachliche Argumente wurden von seiner Seite ins Feld geführt. Der Abg. Rindert legte auch diesmal, wie schon bei der ersten Lesung, Protest dagegen ein, daß die anderen Parteien ihre Entschlieung über das Gesetz von der Abstimmung des Zentrums abhängig machen wollen, was er als unvereinbar mit der Stellung des Gesetzgebers bezeichnete. Ohne erheblichen Zusammenhang wurden von mehreren Seiten die Verhandlungen des deutschen Lehrertages in die Debatte gezogen, gegen welchen Abg. Stöder und auch Abg. Dr. Windthorst mit Rücksicht auf die von Dr. Dittes über die Stellung der Religion in der Volksschule gemachten Ausführungen polemisirten und es dem Kultusminister zum Vorwurf machten, daß er einen Vertreter zu dieser Versammlung entsandte und ein Begrüßungstelegramm derselben beantwortet habe. Kultusminister v. Gopler stellte in Rede, daß er durch die von ihm beobachtete Höflichkeit seine Uebereinstimmung mit den auf dem Lehrertage gemachten Ausführungen habe ausdrücken wollen. — In der Einzelabstimmung über die Vorlage wurden die einzelnen Artikel in der Regierungsvassung angenommen mit Ausnahme des die Verwendung regeln den Art. 3, den das Haus in einer detaillirteren Fassung nach einem Antrage Hobrecht-Frhr. v. Jedlich annahm. — Freitag stehen Petitionen und Wahlprüfungen zur Berathung.

Für Einführung des direkten Wahlrechts für die badischen Landtagswahlen hatte der demokratische Wahlverein in Mannheim und der freisinnige Verein zu Offenburg petitionirt. Die zweite Kammer ist indes über die Petitionen gegen die Stimmen der Zentrums-Partei, des demokratischen Abg. Schmitt und des freisinnigen Abg. Vogelbach zur Tagesordnung übergegangen.

— Ich liebe die Weiber mehr „mollet“. Auch gehe ich nicht mit der Erstbesien wie unser Patron.

Er unterbrach sich, um auszurufen:

— Poulx de soie, weiß, 35 Meter zu 8 Franks 75.

— Ah, endlich! murmelte Bouffemont erleichtert.

Jetzt wurde eine Glocke geläutet; es war die zweite Tafel, welcher auch Javier angehörte. Er stieg von der Leiter herab und ein Anderer nahm seine Stelle ein. Javier arbeitete sich mühsam durch die Waarenhäuser, die in allen Theilen den Boden bedeckten und begab sich in die Speisekammer, die seit den Bergöberungsarbeiten in das vierte Stockwerk, in die neuen Gebäude verlegt worden waren. Vor ihm gingen Deloche und Lionard die Treppe hinauf; ihm auf dem Fuße folgte Mignot.

— Alle Wetter! rief Javier, als sie vor der Tafel antraten, wo das Menu aufgeschrieben war; man sieht wohl, daß heute Juventur ist! Ein wahres Fest! Huhn oder Hammelsteulen - Schnitten mit Artischocken in Del! die Hammelsteule wird schön verschmält werden!

Mignot seinerseits bemerkte lächelnd:

— Es scheint, daß eine Seuche über das Geflügel gekommen ist.

Deloche und Lionard hatten inzwischen ihre Portionen genommen und gingen in den Speiseaal; Javier neigte sich zum Schalter hinein und rief laut:

— Huhn!

Allein, er mußte warten, denn einer der Küchenjungen, welcher das Geflügel zerlegte, hatte sich in den Finger geschnitten. Er schaute durch den offenen Schalter in die Küche. Es war ein riesiger Raum mit einem riesigen Heerd in der Mitte, auf welchen die ungeheuren Kessel, die für vier Männer zu schwer gewesen wären, durch einen im Plafond befestigten Flaschenzug gehoben wurden. Vor den großen befestigten Flaschenzug gehoben wurden, vor den großen Stangen befestigten Abschäumköpfen bewaffnet. An den Stangen standen riesige Roste, dann Kasserollen, so groß, daß man einen ganzen Hammel darin braten konnte, ein monumentaler Tellerwärmer, ein Marmorbassin aus einem Brunnen fortwährend mit frischem Wasser ge-

speit; links befanden sich die steinernen Ausgüsse, groß wie Fischteiche; rechts die Speisevorrathskammer, wo das rohe Fleisch an eisernen Haken aufbewahrt wurde.

— Huhn! wiederholte Javier ungeduldig.

Dann wandte er sich zu Mignot und sagte:

— Da hat sich Einer in den Finger geschnitten; das ist ekelhaft! . . .

Und sie tauschten nun ihre Bemerkungen über die riesige Küche aus. Es wurden daselbst täglich zweitausend Dejeuner und zweitausend Diners verabfolgt. Die Küche verbrauchte täglich sechshundert Kilo Kartoffeln, hundertzwanzig Pfund Butter, achthundert Kilogramm Fleisch; zu jeder Mahlzeit mußten drei Faß Wein angezapft und nahezu siebenhundert Liter Wein ausgeschänkt werden.

— Nun, endlich! murmelte Javier, als der Koch mit einer Pfanne erschien und ihm einen Schenkel verabreichte. Und nun verlangte Einer nach dem Andern Huhn.

Den Speiseaal der Kommiss bildete jetzt ein ungeheurer Saal, in welchem 500 Kowerts bequem Platz fanden. Die Bedeckte waren auf langen, parallel aufgestellten Tischen ausgelegt, an den beiden Enden des Saales standen die Tische für die Inspektoren und Abtheilungs-Chefs, in der Mitte befand sich ein Buffet für besondere Speisen. Große Fenster rechts und links ließen ein volles, helles Licht in diese Galerie ein, deren Plafond trotz der vier Meter Breite niedrig zu sein schien im Vergleich zu den übrigen Dimensionen des Saales. An den Wänden befand sich keine andere Verzierung als die Serviettenfächer. In diesen Speiseaal stieg ein anderer, welcher für die Labenburche und die Kutsher bestimmt war, wo es aber keine regelmäßigen Mahlzeiten gab; die Leute wurden bedient, je nachdem sie kamen.

— Wie Mignot, auch Sie haben einen Schenkel? sagte Javier, als sie sich auf einem Tische einander gegenüber niedergelassen hatten.

Auch andere Kommiss trafen mittlerweile ein und nahmen ringsum Platz. Es war kein Tischuch da und die Teller klapperten geräuschvoll auf den eisernen Tischen. Alle riesen erstaunt aus, denn die Anzahl der vertheilten Schenkel war in der That eine sehr große.

In dem Kommissionsbericht, welcher diese Tagesordnung empfiehlt, heißt es in einer für den badischen Nationalliberalismus beachtenden Weise: „Wenn man sehe, wie bei den Reichstagswahlen die niedrigsten Leidenschaften aufgewühlt würden, so liege kein Grund vor, sich für das direkte Wahlsystem zu begeistern. Mit dem direkten Wahlrecht — und das sei für die Kommission das wichtigste Moment gewesen — schaffe man die letzte Schranke weg, die für eine ruhige und stetige Entwicklung des Staatslebens noch eine Garantie biete, man würde einem Radikalismus Raum geben, wie er in keinem Kulturstaate der Welt existire.“ Der durchgefallene frühere Reichstags-Abgeordnete Kiefer erklärte, daß das direkte Wahlrecht zum Reichstag große Gefahren in sich birge. Es führte zu einer Massenheererei des arbeitenden Volkes. Herr Lieder erklärte sich für einen theoretischen Freund des direkten Wahlrechts, doch könne er unter den heutigen Verhältnissen nicht für seine Einführung in die Landtagswahl eintreten. Staatsminister Turban erklärte, daß die Regierung entschlossen sei, niemals die Einführung des direkten Wahlsystems zu befürworten. Das indirekte Wählen sei ein notwendiges Korrektiv für die Allgemeinheit der Wahl und für das geheime Wahlrecht. Es handle sich nicht allein um die Gefahr der Sozialdemokratie, sondern es gäbe auch noch andere Richtungen im Staate, die ihm gefährlich seien. Das bestehende System sei für Baden das beste, und er werde stets seine Mitwirkung zur Aenderung desselben verjagen.

Der internationale Gefängnis-Kongress, der in Petersburg tagt, soll mit einer Hochausstellung verbunden werden. Da kann man ja schöne Gegenstände zu sehen bekommen. Hoffentlich fehlt auch das höchst instruktive Werk von Kennan über Sibirien und seine Gefängnisse ebensowenig wie die Hand- und Fußschellen der Gefangenen und die Knute! Bardou, sagten wir Knute? In Rußland wird ja nicht geknüttet, eine Knute giebt es überhaupt nicht; es giebt nur ein Instrument, Plejka genannt, mit dem zu weissen Sträflinge, nach Kennan auch schwangere Frauen, bearbeitet werden. „Höchstens 100 Plebe werden damit verabreicht, wo der Sträfling zuweilen mit Tod abgeht“ — aber „geknüttet wird nicht, das kommt nur in westeuropäischen Schund- und Schauerromanen vor!“

Oesterreich-Ungarn.

Eine zum Polizeietat gehaltenen Rede des Demokraten Bernerstorfer geben wir wieder in der Meinung, daß sie ein allgemeines Interesse beanspruchen darf.

Abg. Bernerstorfer, Generalredner gegen den Polizeietat, führte aus: Es ist kein Vergnügen, in diesem Hause zu sprechen, denn das österreichische Parlament ist das reaktionärste und volksfeindlichste, das es giebt. (Uebhafter Widerspruch rechts.) Es ist besonders kein Vergnügen, zu diesem Titel zu sprechen, wenn gleich er dem Staatsvoranschlage im gewissen Sinne den Typus aufdrückt, denn was liegt an allen anderen Dingen, wenn nur die verächtliche Polizei sicher unter Dach und Fach gebracht ist, die besorgt ja alles aufs beste und vorzüglichste. Ich habe schon früher einmal gesagt, daß zwischen der Taktik der Anarchisten und jener der österreichischen Polizei kein Unterschied ist. Die Anarchisten sagen: Die Gesellschaftsordnung ist so schlecht, daß sie mit allen, auch ungesetzlichen Mitteln, bekämpft werden muß; und die Polizei sagt, die Gesellschaftsordnung sei so gut, daß sie mit allen, auch mit ungesetzlichen Mitteln, gehalten werden muß. Redner rügt es, daß die Vertreter der Polizei im Hause nicht das Wort ergreifen, um die gegen sie erhobenen schweren Anklagen und Vorwürfe zu widerlegen; wenn das Parlament nicht so reaktionär wäre, so würde es schon längst darauf dringen müssen, diese oft geschilderten Zustände durch eine parlamentarische Enquete untersuchen zu lassen und den Nachweis zu erbringen, ob diese kolossale Willkürlichkeit, diese Verletzung allen Rechts, aller Sittlichkeit und Moral, welche von der Polizei gewerdmäßig geübt wird, wahr sei oder nicht. Redner bezieht sich auf seine in der vorigen Budgetdebatte vorgebrachten Bemerkungen, in welchen er den Polizeipräsidenten aufgefordert habe, als Privatmann sein Wort dafür im Hause einzusetzen, daß es ihm unbekannt sei, wer jene beiden Stroche aus der guten Gesellschaft gewesen seien, die ihn (Bernerstorfer) seiner Zeit in seinem Hause überfallen hätten, und bemerkt, der Polizeipräsident habe sich nicht veranlaßt gesehen, auf diese Worte hin irgend etwas zu thun, weder hier noch außerhalb des Hauses. Für mich sieht also sehr, daß der Polizeipräsident weiß, wer diese Herren sind, eine Thatsache, die, wenn sie richtig ist — und ich persönlich zweifle nicht daran — die persönliche Ehrenhaftigkeit des Polizeipräsidenten einigermaßen zu tangiren im Stande ist. Wenn der Mann, der die Polizei in Wien zu leiten hat, unter diesem schweren Verdacht, den ich hier öffentlich ausgesprochen habe, hier im Hause sitzen muß und nicht im Stande ist, diesen Verdacht von sich abzuwälzen, so sind dies wohl Verhältnisse, die sehr sonderbar genannt werden müssen. Es ist möglich, daß der Polizeipräsident heute aufsteht, aber darauf, was er heute sagt, gebe ich gar nichts mehr. Der Polizeipräsident von Wien ist doch nicht so unintelligent — ich weiß, daß er von vielen Dingen nichts versteht — daß er ein Jahr warten muß, bis er eine Antwort auf solche Dinge geben kann. Das Unverständnis des Polizeipräsidenten in Angelegenheiten, in welchen er ein tiefes Verständnis zeigen sollte, hat sich

— Das ist wirklich ein merkwürdiges Geflügel, das nichts als Beine hat, bemerkte Mignot.

Diejenigen, welche Rumpfstücke bekommen hatten, ärgerten sich und doch war die Kost weit besser geworden, seitdem das Haus vergrößert worden war. Muret hatte keinen Vertrag mehr mit einem Unternehmer, sondern er dirigirte auch die Küche, er hatte daraus eine Abtheilung gemacht, wie die übrigen Abtheilungen mit einem Chef, mehreren Sous-Chefs und einem Inspektor und wenn auch die Kost jetzt größere Auslagen verursachte, so arbeitete dafür das besser genährte Personal auch mehr. Das war ein Kalkül von einer praktischen Humanität, welche Bourboncle den Kopf lange schütteln machte.

— Mein Schenkel ist übrigens weich genug, rief Mignot jetzt, reichen Sie mir das Brot.

Das große Brot machte die Runde und als er sich ein tüchtiges Stück abgeschnitten hatte, steckte er das Messer wieder in die Krume. Es trafen nun immer mehr Spätlinge ein, Jedermann beeilte sich, Platz zu nehmen, ein wüthender Appetit segte von einem Ende des Speiseaales bis zum anderen über die langen Tafeln. Das Geflügel war noch nicht recht in Fluß gekommen, Jedermann beeilte sich, seinen ersten Hunger zu stillen.

Deloche, zwischen Bauge und Lionard sitzend, befand sich fast Javier gegenüber. Sie schleuderten einander Blicke des Hasses zu. Ihre Nachbarn schlüpferten sich den bekannten Streit vom Tage vorher in die Ohren. Dann lagte man über das Mißgeschick des Deloche, der immer am hungrigsten war und immer das schlechteste Stück bekam.

Ruhig und still ließ er diese Scherze über sich ergehen; er verschlang große Bissen Brotes, während er den Dühnertragen abschabte, mit der Sorgfalt eines Menschen, der den Werth des Fleisches zu schätzen weiß.

— Warum beschweren Sie sich nicht? fragte Bauge.

Deloche zuckte die Achseln.

— Was nützt es? sagte er. Wenn man sich beschwert, ist es noch schlimmer.

(Fortsetzung folgt.)

an einer Reihe von Dingen bewiesen, besonders aber immer dort, wo es sich um eine Beurteilung der Arbeiterbewegung in Wien gehandelt hat. Redner bespricht nun die im Jahre 1884 für Wien getroffenen Ausnahmeverfügungen, welche vom Abgeordnetenhaus erprobt oder erschlichen worden seien. Der Polizeipräsident, sowie der Ministerpräsident hätten mit ihrer Auffassung der Arbeiterbewegung immer die gleiche Höhe theoretischer Unwissenheit bewiesen.

Um diese Arbeiterbewegung praktisch beurteilen zu können, muß man auch mit den theoretischen Lehren derselben vertraut sein. Der Polizeipräsident von Wien hält es aber nicht für der Mühe werth, sich mit diesen Dingen auch nur einigermaßen zu beschäftigen. Er konnte niemals zur Begründung der Nothwendigkeit des Ausnahmezustandes Thatsachen angeben. Vor kurzer Zeit — fährt Redner fort — sind in Neulerchenfeld Krawalle vorgekommen, deren Unterdrückung von jedem anderen Polizeipräsidenten wahrscheinlich um 3 oder 4 Uhr Nachmittags eine vollzogene Thatsache gewesen wäre. Die ganzen Krawalle hätten überhaupt nicht entstehen müssen, wenn nicht die Polizei ihre Hauptaufgabe der Arbeiterbewegung gegenüber darin sehen würde, auch legale Bestrebungen derselben zu unterdrücken. Die Polizei hat tausenden von streikenden Maurern jede Versammlung einfach verboten und diese tausende Menschen haben sich dieses Verbot ruhig gefallen lassen und sich wahrheitsgemäß verabredet, an einem betreffenden Tage auf der Schmelz zusammen zu kommen, um dort einiges besprechen zu können. Da wäre weiter nichts geschehen, wenn die Polizei nicht eingegriffen hätte und wenn nicht jenes Lumpenproletariat, welches immer vorhanden ist, angelockt worden wäre, worauf dann in schöner Entwicklung während einiger Stunden alles zum Krawall vorbereitet wurde. Man muß sich unwillkürlich immer die Frage aufwerfen, wie es möglich war, daß es 8 Uhr werden mußte, bevor endlich die nothwendigen Schritte zur Unterdrückung dieses Krawalls gethan wurden. Sollte vielleicht der Polizeipräsident so verlegen gewesen sein und so nothwendig Gründe gebraucht haben, welche er dann vorführen konnte, um zu beweisen, daß die Ausnahmeverordnungen in Wien noch immer nothwendig sind, und hat er sich, wenn dieser Gedanke richtig ist, nicht mitschuldig gemacht an den Ausschreitungen dieses Tages?

Man fürchtet sich, daß die Arbeiter am 1. Mai eine große Demonstration planen. Schauen Sie nun hinaus nach Deutschland! Dort ist die Arbeiterpartei organisiert, sie hat dort 35 Vertreter im Parlament, und dort hat diese parlamentarische Fraktion eine Emundation erlassen, in welcher angerathen wurde, den 1. Mai viel weniger demonstrativ zu feiern, als bei uns. Wenn die Arbeiter in Wien und in Oesterreich beschließen würden, den 1. Mai bloß dadurch zu markiren, daß sie am Abend dieses Tages überall in den großen Lokalen Versammlungen halten, so würde man solche Arbeiterversammlungen ganz einfach nicht bewilligen. Die Arbeiter in Wien und in Oesterreich sind nicht in der Lage, jenes Mittel zu wählen, um ihre Forderungen zu besprechen, sie müssen sich daher ein Mittel ausdenken, welchem gegenüber es keine andere Macht giebt als die, daß der Polizeipräsident auf der Ringstraße und sonstwo durch seine Polizeileute die nöthige Unruhe herstellt, denn die Arbeiter denken nicht daran, unruhig zu sein. Sie denken bloß, wir wollen am 1. Mai nicht arbeiten und wollen in den Prater gehen, das kann uns die Polizei nicht verbieten. Je mehr jene Politik fortgesetzt werden wird, in der wir heute leben, jene Politik der reinen Willkür und der brutalen Unterdrückung jeder legalen Bewegung unter den Arbeitern, um so mehr werden die Arbeiter in eine Bewegung hineingetrieben, die von Jahr zu Jahr einen ungesünderen Charakter annehmen wird. Dafür sind aber nicht die Arbeiter verantwortlich, welche in Wien und Oesterreich eine Geduld bewiesen haben, welche geradezu eine großartige genannt werden muß, die in der Agitation für ihre Forderungen ein Maß bewiesen haben, welches zeigt, daß der große Gedanke einer gemeinsamen großen Bewegung heute die Leute naturgemäß von jedem un-

sinigen Schritt zurückhält. Durch den Ausnahmezustand wird aber jedes Versammlungs- und Vereinsrecht illusorisch gemacht. Wenn ein Blatt konfisziert wird, so bedarf es eines gerichtlichen Erkenntnisses und man habe dagegen noch den Rekursweg. Heute aber unter dem Ausnahmezustand habe die Polizei einfach das Recht, jede Zeitung zu unterdrücken. Was nützt es uns, wenn der Ministerpräsident sagt, die einzelnen Fälle werden untersucht werden. Es kommt dabei doch nichts heraus, weil diese Untersuchungen einen riesigen Weg machen. Der Ministerpräsident hat ja die Gewohnheit, alle solche Untersuchungen in's Formale zu verlegen. Er würde mir gewiß rathen, wenn ich ihm sage, ein Polizeipräsident hat seine Befugnisse überschritten: „Machen Sie die Anzeige, lassen Sie ihn wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt verfolgen.“ Wir wissen aber, daß es in Oesterreich unmöglich ist, einen Beamten, der in größtlicher Weise seine Machtbefugnisse überschreitet, irgendwie zur Rechenschaft zu ziehen.

Gerade heute kommt mir wieder eine sehr bezeichnende Nachricht zu. Ein Redakteur eines hiesigen Arbeiterblattes wurde zur Polizei gerufen und es wurde ihm bedeutet, daß die bisher für die Familien der inhaftirten Arbeiter gemachten Sammlungen künftighin verboten seien. Es wird also nicht mehr erlaubt, daß die Leute für diese armen Familien ihre Kreuzer hergeben, um sie über Wasser zu halten — alles die Brutalität, die reine Faust! Weil diese Klasse von Menschen heute in bewunderungswürdiger Ruhe sich zusammenbut, um sich den Zugang zu den Quellen der Bildung und der geistigen Befreiung zu erkämpfen, weil diese große Klasse von Menschen gefürchtet wird in einer sinnlosen Weise von der ganzen Gesellschaft, welche heute die Herrschaft in der Hand hat!

Man muß sagen, daß ein Staat, in welchem eine solche Polizeiwirtschaft herrscht, wie der Oesterreichische, von allem Anfang an als der ungeeignetste erscheint, einen Beitrag zu liefern zur friedlichen Lösung der sozialen Frage, am allerwenigsten dann, wenn diejenigen, welche an der Spitze behördlicher Organisationen stehen, wie der Polizeipräsident von Wien, von der sozialen Frage nichts verstehen und um sie sich nicht kümmern wollen. Ich möchte um seinen Preis der Welt an Stelle des Herrn Polizeipräsidenten sein und jene Last der Verantwortlichkeit tragen wollen, die auf seinen Schultern lastet. Er glaubt ja an ein zukünftiges Leben. Ob er die Probe bestehen und die Last ertragen wird bis zum Ende oder ob er unter ihr zusammenbrechen wird, wie er heute schon die Sprache verloren hat gegenüber unseren Angriffen, das lasse ich dahingestellt. Ich werde auf das entschiedenste gegen diesen Posten stimmen.

Frankreich.

Paris, 4. Juni, Abends. Die sozialdemokratischen Deputirten wollen morgen in der Kammer den Antrag auf eine allgemeine Amnestie einbringen als Gegenforderung für die Begnadigung des Herzogs von Orleans.

Ueber die Verhöre der Russen bringt die „Lanterne“ interessante Einzelheiten. Hr. Bromberg sagte aus, die bei ihr gefundene Kiste mit Bomben sei ihr vor 8 Tagen von einem sich als Landsmann ausgebenden, ärmlich gekleideten Menschen, der nur gebrochen Russisch sprach, zur Aufbewahrung übergeben worden. Wahrscheinlich sei der angebliche Russe ein Polizeispitzel gewesen. Lavrenius begrüßte der Strafrichter mit folgenden Worten: „Sie sind ein gefährlicher Spion!“ worauf Lavrenius erwiderte: „Nein, Student der Medizin!“ Die bei ihm gefundenen Chemikalien, erklärte er, seien für jeden Chemiker unentbehrlich. Auf die Bemerkung des Richters, es sei bei ihm ein Gift gefunden worden, dessen bloße Einathmung schon tödte, erwiderte der Befragte: „Dann hätte ich ja eine große wissenschaftliche Entdeckung gemacht! Die Flasche enthielt nur ein Gemisch von Jodoform und Karbol.“ Die Schulleute, welche die Russen verhaften sollten, erzählt uns das Blatt, glaubten, sie würden alle in die Luft gesprengt werden, viele machten erst ihr Testament; andere schloßen die ganze

Nacht vorher nicht und alle rüsteten sich mit Dolchen und Revolvern aus. Sie waren höchst erstaunt, daß die Russen ihnen willig folgten und ihnen nicht Bomben entgegenwarfen. Die in den Zimmern befindlichen Gegenstände fasten die Polizisten nur bleich und zitternd an, wickelten sie in Baumwolle oder legten sie in Wassergefäße. So soll auch ein fläschchen Melissenwasser von Frau Mendelsohn mit der unerhörtesten Vorsicht behandelt worden sein. Auch auf der städtischen Versuchsanstalt herrschte die größte Bestürzung. Bei dem Polizeikommissär aber glaubte man das Vaterland gerettet zu haben und spricht namentlich von einer unheimlichen Röhre, die wenn man sie umwende, plage und nach allen Seiten Tod und Verderben austreue. Niemand wagte, sie anzurühren. Dies ist auch der Grund, warum die Untersuchung auf dem städtischen Laboratorium so lange dauert.

Paris, 5. Juni. Deputirtenkammer. Der sozialistische Deputirte Dumas verlangt die Regierung wegen der Freilassung des Herzogs von Orleans zu interpelliren. Ministerpräsident Freycinet erklärt sich zur sofortigen Diskussion bereit. Dumas verlangt zu wissen, von welchen Erwägungen sich die Regierung bei der Begnadigung des Herzogs hätte leiten lassen, während Familienväter die Opfer einer fehlerhaften Organisation seien, wie sich aus der Verhaftung der russischen Militärs ergebe. Es sei dies eine reaktionäre Politik. Freycinet erwiderte, der Gedanke zur Freilassung des Herzogs von Orleans sei dem Präsidenten Carnot gekommen, als er auf seiner jüngsten Reise bei Clairova vorüberkam. Die Politik sei dieser Maßregel vollständig fremd. Die Republik sei stark genug, um nicht vor einem derartigen Akte der Milde zurückzuschrecken. Es seien erst kürzlich Begnadigungen für Streikvergehen erfolgt, und weitere Begnadigungen würden demnächst folgen. Freycinet verlangt Annahme der einfachen Tagesordnung, welche mit 313 gegen 194 Stimmen von der Kammer angenommen wurde. Ferner wurde eine Anwesenheit für alle Streikvergehen und bestrafungen hierfür die Dringlichkeit, welche mit 312 gegen 141 Stimmen abgelehnt wurde.

Balkanländer.

Zum Panisaprozess wird der „Königlichen Zeitung“ aus Belgrad noch eine interessante Mittheilung gemacht bezüglich der Erklärung, welche der Staatsanwalt vor der Urtheilssitzung abgegeben, und mit welcher er die in der Anklageschrift ziemlich unverblümt aufgestellte Behauptung, der Zar, das offizielle Russland und der russische Gesandte in Bukarest, Herr Sitrowski, hätten die Anzettelung Panisahas unterjügt, zurückzog. Darnach ist an die russische Gesandtschaft in Belgrad ein Telegramm von einem Sostiner Verantw., Namens Komissarow, eingelaufen, worin behauptet wird, die oben erwähnte Erklärung sei die Folge einer energischen Note, welche der, auch mit dem Sostiner russischer Unterthanen beauftragte deutsche Generalkonsul in Sofia, im Auftrage des Berliner Auswärtigen Amtes, an die bulgarische Regierung gerichtet habe. In der betreffenden Note protestirte Herr von Wangenheim angeblich gegen die völlig unbegründete Mittheilung der Krone und der Regierung einer Großmacht in eine Verchwörungssache und forderte die bulgarische Regierung auf, diesen ungebührlichen Vorgehen entgegenzutreten. Infolge dieser Note soll unter dem Vorsitze des Fürsten in Burgas ein Ministerrath abgehalten worden sein, in welchem beschlossen wurde, den Staatsanwalt zur Abgabe der bekannten Erklärung zu veranlassen.

Amerika.

Chicago, 4. Juni. Der Gouverneur des Staates Illinois berief den Senat und das Repräsentantenhaus von Illinois bei huf's Genehmigung eines Gesetzesentwurfes ein, durch den die Staatsbehörde von Chicago ermächtigt werden soll, eine Anleihe von 7 Millionen Dollars zum Zwecke der Veranstaltung einer Weltausstellung im Jahre 1893 zu kontrahiren.

Theater.

Freitag, den 6. Juni.
Opernhaus. Der Nattensänger von Sameln.
Schauspielhaus. Hans Lange.
Deutsches Theater. Der Widerspännigen Zähmung.
Berliner Theater. Der Kriegssplan.
Lesing-Theater. Der Fall Clemenceau.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der arme Jonathan.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Viktoria-Theater. Stanlen in Afrika.
Ostend-Theater. Lohengrin.
Sellealliance-Theater. Der Nautikus.
Kroll's Theater. Der Vampyr.
Baufmann's Varietés. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Ettablissement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Grosses Garten-Concert.
Direktion A. Hödmann.
Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
Wochentags 10 Pfg.
Entrée Sonn- und Posttags 25 Pfg.
Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationsräumen.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Ausschank von Pilsener-Export-Bier, Seidel 15 Pfg.
Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovation geschlossen.
641 F. Müller.

Hasenhaide Ausstellungs-Park.

Grosses Doppel-Concert.
Tyroler Sängerkorps.
16 Eingeborene aus dem Kitui-Lande.
Vorstellung und Produktion von Nachm. 4—9 Uhr Abds. stündlich.
1686)

Englischer Garten.

Auftreten d. Liedersängerin Fräulein Stoinow.
Auftreten des Gesangshumoristen Herrn Jonas.
Auftreten des Komikers, Mimikers und Stimmen-Imitators Herrn Oddicke.
Auftreten der Geschwister Herzog.
Auftreten des musikalischen Neger-König Mr. de Dolls.
Address.
Vasage 1 Cr. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab.
Kaiser-Panorama.
Hervorrag. Sehenswürdig. d. Residenz.
In dieser Woche:
3. Reise durch die Schweiz, das malerische Berner Oberland.
Neu! Zum ersten Male:
Sachinteressant! Siam.
Eine Reise 20 Pfg., Kind nur 10 Pfg.
Abonnement 1 M.

Sophabezüge!
Reise v. 3 1/2—5 Meter Sportbillig.
Emil Ledvra, Orauierstr. 158.
Proben franko! [1006]

Polstermöbel.

einfach und elegant, hält vorzüglich und liefert nach Bestellung solid und billig
C. Wildberger,
Tapezirer und Decorateur, 1702
60, Roumandanten-Straße 60.
Aufpolstern von Sophas und Matratzen wird prompt und billig besorgt.

Hohtabal A. Goldschmidt,
am hiesigen Plage bekanntlich
Grösste Auswahl.
Garantirt sicher brennende
Tabake.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindlichen Hohtabale sind am 1653 Lager.
A. Goldschmidt, Spanbauerstr. 6, am Hade'schen Markt.

Sinderwagen. Das gr. Lager Berlins
Andreasstr. 23.

Allen Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Mittheilung, daß mein Mann

Hermann Böhm

am 3. Juni verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Freitag, Nachmittag 5 Uhr, vom Hedwig-Krankenhaus aus statt.
Die tiefbetrübte Gattin
Wilhelmine Böhm.

Orts-Krankenkasse der Stein-drucker und Lithographen.

Am 3. Juni er. verstarb unser Mitglied, der Steindrucker 1704
Herr **Alexander Franz.**
Die Beerdigung findet am 6. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Petrikirchhofes, Friedensstraße, aus statt. Um zahlreiche Theilnahme bittet
Der Vorstand.

Fachverein der Bucher Berlins.

Mitgliederversammlung
am Sonntag, den 8. Juni er.,
Vormittags 11 Uhr,
in den Bürgerhäusern, Dresdenerstr. 96.
Tagesordnung:
Berathung und Beschlußfassung über die vom Vorstand und der Kommission gestellten Abänderungs-Anträge zum § 6 des Statuts.
Vereins-Angelegenheiten und Verschiedenes. 1701
Da es sich um wichtige Aenderungen in Betreff des Rechtshufes handelt, so ist es Pflicht, daß jedes Mitglied pünktlich erscheint.
Auch ist der Rechtsbeistand des Vereins, Herr Rechtsanwalt Freudenthal, anwesend.
Der Vorstand.

Fachverein der Kernmacher und verw. Berufsgeg. Berlins u. Umg.

Versammlung.
Tagesordnung:
1. Wie stellen sich die in Arbeit stehenden Kernmacher u. Berufsgegenossen ihren ausgesperrten Kollegen gegenüber? 2. Verschiedenes und Fragen.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.
1697
NB. Bitte die alten Mitgliedsbücher mitzubringen, behufs Empfangnahme der neuen.

Das von mir in Berlin eingeführte Bier aus der Brauerei von **Evora & Meyer** in Fürth b. Nürnberg gelangt bereits in den meisten von Arbeitern frequentirten Lokalen zum Ausschank und ist nur durch mich zu beziehen.
Gustav Hering,
Lottumstrasse No. 24, III.

Naunynstrasse 27 F. Renz' Ball-Salon Naunynstrasse 27

Zuh.: **Albert Uebel.**
Empfehle zur nächsten Herbst- und Winterfaison meine Salons den geehrten Vereinen und Privat-Gesellschaften zu den kulantesten Bedingungen. Jeden Montag, Donnerstag und Sonntag: **Oeffentl. Tanz.**
669 Achtungsvoll **Albert Uebel.**

H. Guttmann, empfiehlt Vereinsstempel, Quittungsstempel, Medaillonstempel mit Laskalle, Uebel, Schablonen, Thärschilder, Gravirung von Inschriften. Entwürfe gratis sofort

Soeben erschien:
Heft 5.
Dr. W. Zimmermann's
Großer Deutscher Bauernkrieg.
Illustrierte Volksausgabe.
Herausgegeben von **Wilhelm Bloß.**
Preis pro Heft 20 Pfennig.
Zu beziehen durch die **Expedition, Beuthstrasse 3.**
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.

eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
Brammenstraße 23, Hof parterre.
Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Soeben erschien

Der wahre Jacob
Nr. 101.
Zu beziehen durch die Expedition
Beuthstraße 3.

Alt-Englands Asylrecht.

Dass der König der Belgier besondere politische Ideen habe, davon war bisher nichts zu bemerken. Sonst hätte sich für die Beschäftigung derselben in seinem eigenen Lande die reichliche Gelegenheit gefunden. In keinem anderen Lande Europas ist die Ausbeutung der Arbeitskraft von Männern, Frauen und Kindern so weitgehend und der gesetzliche Schutz so ungenügend, wie in Belgien. Man hat die bekannte parlamentarische Enquete, welche das Elend der belgischen Grubenarbeiter zu Tage brachte, noch nicht vergessen; man weiß, dass in Belgien ein Ministerium nach am Ruder ist, das der Verbindung mit Lockspiegeln sich hat überführen lassen müssen; man weiß, dass die öffentlichen Zuhälter dieses Landes sich in einer unerhörten Vernichtung und Verkommenheit befinden. Ein sauler und sader Liberalismus und ein stochreaktionärer Ultramontanismus lösen sich dort in der Regierung ab.

Man kann dem König eines solchen Landes, das gänzlich von der industriellen Bourgeoisie beherrscht wird, nicht die Schuld geben, dass solche Zustände vorhanden sind; sie sind aus der gesammten sozialpolitischen Entwicklung des Landes herausgewachsen. Indessen kann auch solch ein konstitutioneller König wie der belgische denn doch die Initiative zu mancher Besserung geben — wenn er will. Beschäftigt er sich einmal mit politischen Dingen, so ist es seine erste Pflicht, sich um die Zustände seines Königreichs zu kümmern.

Dem König der Belgier kann man nur sagen, dass er in der politischen Geschichte seines Landes bis jetzt gar keine Rolle gespielt hat. Wir lassen dahingestellt, ob dies dem Gemeinwesen genützt oder geschadet hat.

Statt sich der brennenden Fragen im eigenen Lande zuzuwenden, scheint dem König plötzlich das „Wohl“ von Europa oder vielleicht auch der ganzen Welt ans Herz gewachsen zu sein. In London hat er sich unlängst dahin geäußert, die größte Gefahr für die bestehende Ordnung sei das in England bestehende unbeschränkte Asylrecht, weil sich unter dem Schutze desselben die Anarchisten aller Länder in England ansammeln und Komplote anzetteln. Daran anschließend, sprach der König die Absicht aus, eine internationale Aktion der Regierungen gegen die Anarchisten zu Stande bringen zu wollen.

Die Antwort, die der englische Premierminister Lord Salisbury dem König gab, wollte nicht viel besagen, denn Salisbury weiß sehr wohl, dass die Engländer nicht gesonnen sind, wegen einiger Anarchisten ihr Asylrecht, auf das sie mit Grund so stolz sind, aufzugeben, und mit England kann der belgische König nicht umspringen, wie Fürst Bismarck mit der Schweiz im Wohlgeheimthale.

Nach dem englischen Asylrecht haben schon mächtigere Leute als der König der Belgier vergebens gegriffen. Als sich nach den verunglückten Umständen von 1848 und 1849 laufende von Flüchtlingen in England ansammeln, thaten die Regierungen alles, um England zum Einschreiten gegen dieselben zu bewegen, doch ohne jeden Erfolg. Venona ein Jahrzehnt später, bei Gelegenheit des Attentats von Orsini auf Napoleon III., verlangte die französische Regierung ohne Erfolg die Auslieferung des nach London geflüchteten Mischuldigen Orsini. Zwar entschloß sich Lord Palmerston, der englische Premierminister, einen Antrag entsprechend den Wünschen der Regierung Napoleons III. vorzulegen, der das Asylrecht beschränken sollte. Allein der Antrag fand so wenig Anklang und erbitterte die Engländer so sehr, daß Palmerston von der Regierung zurücktreten mußte.

Was Napoleon III. nicht fertig gebracht hat, wird der König der Belgier schwerlich fertig bringen. Seine Anschauungen werden den Engländern absolut nicht imponieren, denn die trefflichen und kräftigen Wirkungen des freien und unbeschränkten Asylrechts für politisch Verfolgte werden dadurch nicht beeinträchtigt, daß einige überspannte Leute das Asylrecht benutzen, um Verchwörungen und Mordpläne anzuzetteln. Ohnehin könnte ja der König der Belgier in seinem eigenen Lande gelernt haben, daß man bei Beurteilung der „gewerkschaftlichen Verschwörer“ sehr vorsichtig sein muß. Die im Juchthause sitzenden Lockspiegel der Ultramontanen belgischen Regierung haben sich, bevor man sie zur Verantwortung zog und ihr elendes Treiben enthielt, sämtlich als „Anarchisten“ und „Verschwörer“ aufgespielt. Das englische Asylrecht ist keine Bedrohung für Europa; wohl aber wäre es eine starke Bedrohung, wenn es für politisch Verfolgte keine Freiwelt mehr in Europa gäbe.

Wir brauchen kaum zu versichern, daß wir mit den Anarchisten nichts gemein haben; Sozialismus und Anarchismus sind prinzipielle und sich anschließende Gegensätze. Nichtsdestoweniger müssen wir eine internationale Verfolgung der Anarchisten für zwecklos und verwerflich erklären. Denn dem König der Belgier sind offenbar die Anarchisten nur ein Vorwand; für ihn handelt es sich um die demokratische und sozialistische Bewegung überhaupt. Es ist bezeichnend, daß der König der Belgier und der französische Polizeiminister Constans zu gleicher Zeit den Gedanken einer allgemeinen Anarchistenverfolgung aufgegriffen haben. Zur Zeit sind die Anarchisten eine wenig zahlreiche Sekte ohne Einfluß bei den Arbeitermassen. Eine allgemeine Verfolgung würde eine Macht aus ihnen machen, wie es in solchen Fällen immer geht, und würde ihnen Tausende von Anhängern zuführen. Man würde auch sehr gerne Sozialisten und Anarchisten mit einander verwechseln und die Art, wie der Vorkämpfer des belgischen Königs in einem gewissen spießbürgerlich-reaktionären Presse behandelt wird, beweist nur zu deutlich, daß man die beiden Wirkungen gerne zusammenwerfen möchte.

Es scheint nach alledem, als ob es verschiedenen Leuten gar nicht möglich sei, aus dem Verlauf der Dinge etwas zu lernen. Die Geschichte der Regierungszeit Bismarcks beweist doch mit nicht ungenügender Deutlichkeit, wozu eine Politik kommen muß, die im Parteikampf nur polizeiliche Mittel aufzuwenden weiß.

Bezeichnend ist auch, daß ein großer Theil der deutschen Presse dem Vorschlag des belgischen Königs jubelnd zustimmt, nur weil er eben von dem — belgischen König kommt. Diese nicht ganz zurechnungsfähigen Blätter werden sich täuschen, wenn sie von den Engländern auch nur das geringste Entgegenkommen in dieser Sache erwarten. Soweit ist es denn doch noch nicht gekommen, daß die Engländer bereit wären, eine ihrer besten und kostbarsten Errungenschaften um dessentwillen aufzugeben, weil ein schwächerer Fürst in einem politischen Plauderstündchen sich gegen gewisse Angelegenheiten ausgesprochen hat.

Von denen, die 1830 das belgische Königreich durch einen Aufstand in's Leben riefen, hätte wohl eine nicht geringe Zahl das englische Asylrecht in Anspruch nehmen müssen, wenn Holland wieder die Oberhand bekommen hätte. Daran scheint man am allerwenigsten zu denken.

Parlamentarisches.

Die Kommission des Reichstages zur Vorberathung der Vorlage über die Gewerbegerichte beendete am Mittwoch Abend in ihrer in Gegenwart des Stellvertreter-Reichsanwalters, Staatssekretärs v. Bötticher, und zahlreicher Kommissarien bis gegen Mitternacht sich ausdehnenden Sitzung die Berathung des ersten Abschnittes der Vorlage (§ 1-20). Vor dem Eintritt in die Tagesordnung wahrten die Vertreter nahezu aller Parteien für diese letzteren die endgiltige Entscheidung über grundsätzliche Bestimmungen der Vorlage, so daß also die bisherigen Abstimmungen der Mitglieder der Kommission nur als vorläufige, nicht Namens und im Auftrage der Fraktion geschehene anzusehen sind. Eine wichtige grundsätzliche Debatte entspann sich sofort bei § 1 anlässlich eines Antrages des Abgeordneten Ebertz, wonach die Genehmigung des Ortsstatuts über das gewerbliche Schiedsgericht und Einigungsamt nur sollte verweigert werden dürfen, wenn dessen Bestimmungen den Anforderungen des Gewerbesgesetzes, betreffend die Gewerbegerichte, nicht entsprechen. Dieser zum Zwecke der Wahrung der Selbstständigkeit der Kommunen gestellte Antrag wurde aus Gründen der Zweckmäßigkeit von konservativer Seite und auch seitens der Zentrumsmitglieder lebhaft bekämpft, auch demselben seitens der Vertretung der verbündeten Regierungen widersprochen. Er wurde demnach gegen die Stimmen der Freisinnigen und des Abgeordneten Dresbach (Sop.) abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag des obengenannten Abgeordneten, wonach die Entscheidung über Genehmigung des Ortsstatuts binnen längstens sechs Monaten zu ertheilen ist. Sehr lebhaft erörtert wurde die Frage der Einbeziehung der Hausindustrie in die Zuständigkeit der Gewerbegerichte und der Einigungsämter. Eine dahin gehende Vergrößerung der Zuständigkeit, was zur Hausindustrie gehöre, — wie sie seitens des Abg. Dr. Wachen formulirt war — wurde angenommen; — dagegen ein Antrag, diese Definition — ihrer großen Schwierigkeit halber — dem Statut oder der Landeszentralbehörde, welche ev. das Statut für sämtliche Gemeindeverbände verlaubar, zu überlassen, gegen eine erhebliche Minderheit abgelehnt. Ein von konservativer Seite, mit Bestätigung der verbündeten Regierungen, unternommener Versuch, die im § 11, auf den mit großer Mehrheit in erster Lesung angenommenen Antrag Dr. Wachen und Genossen getroffene Festsetzung zu beseitigen, daß die Wahl der Schiedsrichter unmittelbar und geheim zu sein hat, scheiterte. Der konservativer Antrag wurde gegen die Stimmen des Abg. Dr. v. Gump sowie der Konservativen abgelehnt. Nachdem noch die freisinnigen Kommissionsmitglieder sich für das Plenum Anträge wegen Herabsetzung der Altersgrenze für das passive wie aktive Wahlrecht der Schiedsrichter vorbehalten, wurde ein Antrag des Freiherrn v. Göttingen, wonach auch die Entscheidung über Konventionalstrafen, sofern sie im Arbeitsvertrage bedungen sind, zur Zuständigkeit der Gewerbegerichte gehören solle, angenommen. Ein freisinniger Antrag, wonach Gemeindebeamte, welche zum Richteramt oder zur Bekleidung von höheren Verwaltungsämtern befähigt sind, einer staatlichen Befähigung als Vorstehende des Gewerbegerichts nicht bedürfen sollten, wurde abgelehnt. Die zweite Lesung der Vorlage in der Kommission wird morgen fortgesetzt und voraussichtlich beendet werden.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 5. Juni.

Der Stadtverordneten-Vorsteher, Stadtv. Dr. Stryk, eröffnete die Sitzung um 5 1/2 Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen.

Vor der Sitzung haben die Abtheilungen zwei Ausschüsse gewählt.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 5. Reichstagswahlkreis spricht — wie der Vorstehende aus dem eingelaufenen Schreiben mittheilt — sein Bedauern darüber aus, daß sich in der Versammlung eine Majorität gefunden, welche einen Platz im Humboldthain zum Ban einer Kirche hergegeben habe. (Gelächter.)

Nach Eintritt in die Tagesordnung werden einige Wahlen für ständige Ausschüsse vorgenommen. Als Mitglied für den Ausschuss für die Wahlen von unbefoldeten Gemeindebeamten schlägt Stadtv. Klein (Sd.) den Stadtv. Jubel (Sd.) vor; außerdem werden vorgeschlagen Vallieu (Bürgerp.) und Jacobi (Dtschr.). Die Majorität der Stimmen erhält Stadtv. Jacobi (55); auf Jubel fallen 9, auf Vallieu 15 Stimmen. — Als Mitglied der Arbeitshausverwaltung wird gewählt Stadtv. Friedemann (68 St.); Stadtv. Jubel erhält 9 Stimmen. Als Mitglied der Waisenverwaltung geht Stadtv. Lüben aus der Wahl hervor (68 Stimmen); Stadtv. Jubel erhält 7 Stimmen.

Die Vorlage, betreffend die Abtretung von Land zum Reichstagsufer wird nach ausgedehnter Debatte, die sich um juristische Fragen dreht und an der sich auch Stadtv. Stadthagen theilnimmt, gegen den Antrag des Ausschusses abgelehnt.

Die Stütze zum Ban einer Volksbadeanstalt auf dem Grundstücke Thurmstr. 82 giebt dem

Stadtv. Jubel Veranlassung, einige Mängel zu rügen. Für die Frauen und Mädchen, die bisher in den öffentlichen Badeanstalten so gut wie unberücksichtigt geblieben sind, müßte mehr Fürsorge getroffen werden. Ebenso müßten auch in den anderen Stadttheilen Volksbadeanstalten eingerichtet werden. Auch empfehle sich die Einrichtung von Schulbadeanstalten. Wenn so bedeutende Mittel für Schützenfeste vorhanden seien, müßte auch hierfür Geld da sein. (Unruhe.) Die Stütze wird genehmigt.

Der Verkauf von Straßenland vor den Grundstücken Holzmarktstr. 33/34 wird abgelehnt.

Die Erwerbung von Terrain des Grundstücks Rosenthalerstr. 9 zur Bürgerkriegsverbreiterung wird beschloffen. Der Vorlage betreffend den Ankauf verschiedener Parzellen in französisch-Buchholz zwecks Erweiterung der Mieseldereien tritt die Versammlung bei.

Es folgt die Vorlage, betreffend das öffentliche Anschlagswesen. Die Ergebnisse der öffentlichen Ausschreibung, bei welcher die bisherigen Unternehmer Klauß und Hartmann bedeutend mit ihrem Gebot hinter anderen zurückgeblieben sind und die Anträge des Magistrats sind in dieser Zeitung bereits mitgetheilt. Der Magistrat beantragt bekanntlich die Einsetzung einer gemischten Kommission aus Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung und des Magistrats, welche die Gesuche prüfen, den Unternehmer auszuwählen und in die Bedingungen einige Veränderungen hineinbringen soll, welche sich auf die Aufstellung transparenter Plakatsäulen beziehen. Der Magistrat verlangt weiter dann die Berechtigung, mit dem ausgewählten Unternehmer den Vertrag endgiltig abzuschließen. Stadtv. Solon beantragt, die endgiltige Auswahl des Unternehmers der Versammlung zu überlassen.

Stadtv. Vogtherr tritt dem Antrage Solon bei, weil sonst die Versammlung des Rechtes beraubt wäre, über den Unternehmer endgiltig zu bestimmen.

Der Antrag des Magistrats wird mit der von dem Stadtv. Solon vorgeschlagenen Abänderung angenommen.

Der Magistrat beantragt die Aenderung des Miethsteuerregulativs: die Gemeindebehörden behalten sich das Recht vor, für Wohnungen bis zum Preise von 1000 M. die Miethsteuer stufenweise herabzusetzen.

Stadtv. Vallieu beantragt in das Regulativ die Bestimmung mit aufzunehmen, daß sich die Gemeindebehörden das Recht vorbehalten, die Miethsteuer für Wohnungen bis zu 300 M. gänzlich aufzuheben.

Die Magistratsvorlage wird unter Ablehnung des Antrages Vallieu unverändert angenommen. Schluß 7 1/2 Uhr.

Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

Lokales.

Wir lesen in der „Nat.-Ztg.“: „Welche Gründe sind dafür maßgebend,“ so fragte ich den Vorsteher des Fernsprechwesens in Berlin, welcher lebenswichtig jede Auskunft zur Verfügung gestellt hatte, „wie kommt es, daß neuerdings soviel Damen im Fernsprechbetriebe Berlins angestellt werden sollen?“ Die Antwort lautete: „In unserer Telegraphen-Versuchsstation in der Oranienburger Straße, in welcher seit Jahren von Technikern unausgesetzt Untersuchungen auf allen Gebieten des Telegraphenwesens angestellt werden, hat sich herausgestellt, daß die weibliche Stimme vermöge ihrer höheren Tonlage durch den Fernsprecher weit besser vernommen ist und sich unendlich besser für die Vermittlung eignet als die männliche. Auf Grund dieser Wahrnehmung sollen nun nach und nach in gesammten Vermittlungsverkehre ausschließlich Damen Anstellung finden, von welchen in diesem Augenblicke bereits gegen 120 in voller und erfolgreicher Thätigkeit sind. Die vorhandenen männlichen Beamten sollen durch sie nicht verdrängt werden, sondern stehen auf dem Aussterbeplatze, d. h. sie werden nach Bedarf in anderen Zweigen der Verwaltung beschäftigt. Neue Einstellungen im Fernsprechamt werden nur aus den Reihen der Damen bewirkt und es eröffnet sich für dieselben damit ein bedeutendes Feld neuer Thätigkeit.“

Denn die Zunahme des Verkehrs in Berlin ist noch immer eine erstaunliche, sie betrug im letzten Jahre, 1889, mehr als 3300 Anschlüsse, sie nimmt in diesem Jahre, 1890, den Anlauf, das vorige noch hinter sich zu lassen, und während die Gesamtzahl der Teilnehmer in Berlin jetzt bereits sich in der Nachbarschaft von 13 000 hält, rechnet man in der Verwaltung schließlich auf eine Gesamtzahl der Angehörigen von 30 000. Selbstverständlich erfordert eine solche Organisation fortgesetzt neue Kräfte.

Es ist günstig für die anzustellenden Damen, daß ihre neue Thätigkeit keine großen Vorkenntnisse erfordert. Nichtiges deutsches Sprechen, eine gewisse Gewandtheit im Verkehr mit dem Publikum, die um so größer sein muß, als die Stärke der Verhandlungen Knappheit und Klarheit in Fragen und Antworten voraussetzt, ferner ein Temperament, welches sich durch nichts von seiner Aufgabe abziehen läßt: das allein sind die Vorbedingungen, welche nöthig sind. Im Gegensatz zum Telegraphendienste, der durch seine aufreibenden und nervenzerschütternden Anforderungen die weniger widerstandsfähigen Damen noch schneller dienstunfähig macht, als die Männer, ist der Telephondienst ein leichter. In dem Saale, in welchem man in langen Reihen die „Witzmadel“ neuester Ordnung jede vor ihrer Abtheilung von einigen hundert Klappen sitzen sieht, könnte man mit einiger Phantasie sich in eine Versammlung von Königinnen versetzt glauben. Jede der „jungen“ Damen, die im Alter von 17 bis in die „—zig“ variiren, trägt eine Art Diadem auf dem Haupt. Es besteht aus einer mehr als Zentimeter breiten, glänzenden Metallfeder, die sich um das Haupt legt und deren eines Ende ein Mikrophon an das Ohr der also Geschmückten drückt. In welcher Weise diese Feder sich mit der modernen Haartracht auseinandersetzt, ist jedenfalls Gegenstand schwerer Seelenkämpfe der Betreffenden gewesen. Für den Dienst aber ist diese Vorrichtung unerlässlich und eine wunderbare Erleichterung, denn in Verbindung mit dem vor der Dame nicht fest angebrachten, sondern freischwebenden Vorrichtung zum Hineinsprechen ist der Vermittlerin die Möglichkeit gegeben, beide Hände für die Herstellung der Verbindung der Drähte frei zu behalten. In dem Vermittlungsamt V, einem der kleinsten Berlins, ist die Neuorganisation mit weiblichen Beamten bereits vollständig durchgeführt; nur das leitende und das Aufsichtspersonal besteht aus Männern. In diesem Amt sind gegen 50 Damen beschäftigt bei einer Dienstzeit von gegen 8 Stunden täglich. Aber während dieser Zeit haben sie buchstäblich alle Hände voll mit ihren amtlichen Obliegenheiten zu thun, daß für den Austausch anderer Dinge ihnen keine Zeit bleibt. Der Besuch eines solchen Saales ist um so überraschender, als man das gerade Gegenstück von dem findet, was man erwartet hat. Man sollte meinen, daß hier ein sinnverwirrendes, unausgesetztes Geklänge, ein tolles Durcheinander von Stimmen, ein wahres Babel vorherrschen würde. Von alle Dem nicht die Spur. Das Angerufenwerden des Amtes markirt sich durch das geräuschlose Herabfallen einer Klappe, auf welche die Vermittlerin ihr Auge gerichtet hat. Während des ganzen Tages auch nicht ein Klingelzeichen. Von dem Sprechen der Angehörigen vernimmt man kaum ein einzelnes Wort; die Beamtinnen selbst sprechen mit halber Stimme, und was sie sprechen, ist von tödtlicher Eintönigkeit. Innerhalb dreier Minuten schwirren in schneller Aufeinanderfolge unausdrücklich dieselben Worte am Ohr vorüber: „Hier Amt 5“, „Sogleich“, „Bitte“, „Hier Amt 5“, „Rufen“, „Ja wohl“, „Hier Amt 5“, „Gleich“, „Hier Amt 5“ u. s. w. Dies sind die stereotypen Ausdrücke, in die sich im günstigsten Falle noch einmal eine Frage um Wiederholung einer Nummer mischen wird. „Hier Amt 5“ aber wird in Alt, Mezzosopran und hohem Sopran den Tag über wohl an die tausende Male gekliffert, gerufen und immer von neuem proklamirt, wie eine bestrittene Thatfache, die stets von neuem erhärtet werden muß.

Das Vermittlungsamt liegt im obersten Stockwerk des Postgebäudes, unmittelbar unter dem kolossalen Stangenbau auf dem Dache, an dem die Drähte hinabgeleitet werden. Von der Straße aus sieht das lustige Netzwerk schon interessant aus. Aber erst, wenn man hoch oben auf dem Dache vor ihm steht, überkommt ein das ganze Gefühl des Staunens vor dem großartigen Werke, das der Menschengeist da wieder fertig gebracht hat. Wie eine Spinne im Netzwerk bewegt man sich auf einem kleinen Fleckchen, das übrig geblieben ist, während von allen Seiten her hunderte und aber hunderte, sich zu tausenden vernehmende Drähte auf dasselbe Fleckchen hin einlaufen, um schließlich in gemeinsamen Strängen hinabgeführt zu werden. In der Vortrefflichkeit und Gewissenhaftigkeit dieser Anlagen erblickt die Fernsprechbehörde den wesentlichsten Grund dafür, daß Berlin alle anderen Städte der Welt bezüglich des Telephonwesens weit hinter sich gelassen hat. Selbst in New-

Dort, wo es seine erste Probe zu bestehen hatte, ist es kaum noch entwicklungsfähig, weil infolge der mangelhaften Leitungen, von denen wir ja oft genug zu hören bekommen, wie bei notwendig gewordenen Reparaturen schwere Unglücksfälle herbeigeführt und die Verbindungen oft unterbrochen werden. Durch vergleichende Ziffern ist festgestellt worden, daß, während in New-York durchschnittlich auf jeden Angehörigen täglich 6-7 Unterhaltungen kommen, in Berlin die Zahl der Anschlüsse, welche der Angeschlossene erhält, sich durchschnittlich auf 22 per Tag bezieht. Alle diese Umstände haben mit zwingender Nothwendigkeit nun zu der Einführung der unterirdischen Telefonkabel gedrängt, welche in diesem Augenblicke sich bereits in der Ausführung befindet. Jedes Kabel enthält 28 Adrehte. Die eisernen Röhren, in welchen sie gebettet werden, sind im Stande, 50 und mehr solcher Kabel aufzunehmen. In der kurzen Zeit seit dem Beginn dieser Arbeiten, welche eben in der Potsdamer- und Wilhelmstraße vor sich gehen, sind, wie uns mitgeteilt wird, schon mehr als 100 000 Meter Kabel unter die Berliner Bürgersteige gelegt worden. Man erhofft von der Vollendung dieser Arbeiten noch bessere und ungestörtere Verbindungen. Die Hausbesitzer Berlins haben allerdings in den letzten Jahren namentlich keine Schwierigkeiten mehr bezüglich der Anbringung der Leitungsröhren auf ihren Dächern gemacht. Im Innern der Stadt ergab sich für sie sogar ein Zwang, dem Gesuche der Postdirektion sofort nachzukommen. Denn, wie wir erfahren, ist in den Geschäftszweigen Berlins ein Hauswirth, der das Telefon nicht in sein Haus bekommen würde, absolut unmöglich, einen Geschäftskraum überhaupt zu vermieten. Das Telefon ist im Geschäftsbetriebe so notwendig geworden, wie das Tintenfaß, welches der Korrespondent zum Schreiben seiner Briefe gebraucht. Ja, es sind uns eine Reihe von Geschäften genannt worden, in denen ein Telefon nicht mehr genügt und in welchen 2-3 Apparate notwendig geworden sind, wenn nicht dem Anrufenden ein unaufhörliches „Besetzt“ zur Antwort gegeben werden soll.

Diese Daten über die Ausdehnung des Telefons in Berlin sind erfreulich. Aber minder erfreulich ist, was über die überflüssige Ausnutzung desselben gollagt wird. Statt die Dienste des Vermittelungsapparats nur für dringliche Dinge in Anspruch zu nehmen, werden oft die gleichgültigsten Unterhaltungen geführt und ungebührlich ausgedehnt.

Der schwierigste Theil der gesamten Berliner Kanalarbeiten befindet sich in dem von dem Spreelauf, der Warschauer Brücke und den Eisenbahnkörpern der Stadt- und Ringbahn eingegrenzten, gegenwärtig nur noch wenig bebauten Stadttheil. Dem nördlich an dieser Gegend gelegenen Stadttheil fehlt nämlich jeder natürliche Wasserablauf nach einem fließenden Gewässer. Dieser Abfluß ist durch die beiden vorbezeichneten Eisenbahndämme unterbrochen. Für die Kanalisation ergab sich hieraus die Nothwendigkeit, einen besonderen Nothauslauf von beträchtlichem Umfange anzulegen, der bei heftigen Regengüssen das sich in jenem Stadttheil ansammelnde Wasser, soweit es von den Kanalisationsröhren nicht abgeführt werden kann, der Spree zufließt. Dieser Auslauf mündet im Brückenkopf der Oberbaumbrücke in die Spree. In jener Gegend liegen auch die sogenannten Stammkanäle des dortigen Radialsystems, mächtige Mauerwerke von über zehn Fuß Höhe und etwa sieben Fuß Breite. Diese Kanäle sowohl, wie der Nothauslauf mußten durch einen moralischen Boden geführt werden und verursachten schon damals große Schwierigkeiten. Gegenwärtig aber werden die großen Stammkanäle unter den 16 neben einander laufenden Gassen der Stadt- und Ringbahn hindurch geführt. Die getroffenen Vorrichtungen, um den Eisenbahnkörper über der Baugrube zu stützen, sollen ganz besonders sinnreich gestaltet sein und die Bewunderung aller Bautechniker erregen. Für die Veriefelung aus diesem Radialsystem ist das Nittergut Heinersdorf, nordöstlich von Berlin in Aussicht genommen. Das Terrain ist von der Wuhle durchflossen, die bei Köpenick in die Spree mündet. Die Veriefelungsanlagen werden dort allerdings so eingerichtet werden müssen, daß die Wuhle von den Abflüssen des Nesselwassers frei bleibt.

Die Streitfrage, ob die Schwindsucht sich durch Vererbung oder durch Ansteckung fortpflanzt, ist für alle Bevölkerungskreise von höchster Bedeutung und jeder Beitrag zu ihrer Klärung daher willkommen. Einen solchen bietet ein bekannter Mediziner, Dr. A. Haupt in Soden, in einer jüngst erschienenen Broschüre: „Die Bedeutung der Erbliehkeit der Tuberkulose im Vergleich zu ihrer Verbreitung durch das Symbion“ (Berlin bei Eugen Greffier). Der Verfasser, ein entschiedener Anhänger der Vererbungstheorie, bemüht sich darin nachzuweisen, daß die Lehre von der Contagiosität der Tuberkulose auf sehr schwachen Füßen steht. Er legt dar, daß diese Lehre in fachmännischen Kreisen überwiegend zweifelhaft bezogen und daß eine große Anzahl hervorragender deutscher wie ausländischer Aerzte (wir haben darunter Professor Lehmann hervor) auf Grund ihrer Beobachtungen zu der Ueberzeugung gelangt seien, daß die Ansteckung bei der Verbreitung der Schwindsucht keine oder doch nur eine untergeordnete Rolle spiele. Von besonderem Interesse sind die Angaben über seine eigenen Beobachtungen in dem von Lungenscheidenden viel besuchten Kurort Soden im Taunus, mit denen Dr. Haupt seine Ansicht stützt. Er berichtet: „Unter den 1500 Einwohnern des Ortes befinden sich 101 Vermietter. In den meisten Häusern übernehmen die Frauen mit Schwestern oder Töchtern die Wartung und Pflege der mit Tuberkulose befallenen Kurgäste. In manchen Häusern heißen für den Sommer gemietete Zimmermädchen mit, welche sich aus den unliegenden Dörfern rekrutiren. Die Betten der Patienten machen, die Zimmer reinigen, die Teppiche ausklopfen, den Kuchentisch besorgen, — das seien unter anderen die mit der Ansteckungsgefahr in so naher Verbindung stehenden Beschäftigungen dieser Personen, wobei noch bemerkt werden müsse, daß vom Hilfspersonal die schwersten Patienten vorgezogen werden, da durch größere Beanspruchung der Hilfeleistung auch ein größeres „Honorar“ erzielt werde. Im Winter beziehen die ganze Familie des Vermietters dann dieselben Räume, in welchen gewöhnlich die schwersten Leidenden lagen — die Parterre-Räume. Seit Mitte der fünfziger Jahre bis 1888 seien nun von den 298 vermietenden Hausleuten 48 gestorben, von diesen 10 an Tuberkulose. Unter diesen 10 waren 6 nachweisbar erblich belastet, während bei den bleibenden 4 Personen Erkrankungen und andere Ursachen zur Schwindsucht führten. Von den 415 Zimmermädchen seien 17 gestorben, davon 5 an Tuberkulose, ebenfalls nachweisbar nicht durch Ansteckung erworben. Innerhalb 30 Jahren — also von 633 Personen — von welchen die meisten mehrere Sommer hindurch stets mit und um die Kranken waren — 15 Sterbefälle an nicht durch Ansteckung erzeugter Tuberkulose.“ Ueber die allgemeine Sterblichkeit Sodens heißt es in der Broschüre: „In den letzten drei Jahren starben 76 Personen, davon 10 zwischen 50 und 55 Jahren, 11 zwischen 70 und 80 Jahren, 9 zwischen 60 und 70 Jahren u. s. w. Von diesen 76 Todesfällen waren 7 durch Tuberkulose herbeigeführt, inklusive zwei Fälle von Erkrankungen von tuberkulöser Gehirnhaut-Entzündung von Kindern und einem Fall von Knochentuberkulose eines Kindes. Von den vier übrigen an Schwindsucht gestorbenen Personen war nur eine, welche in Berührung mit Kranken Kurgästen kam; sie litt ebenso wie ihre Mutter an Alkoholismus, der wie bei jener mit Phthise endete“. Ohne in dem wissenschaftlichen Streit Partei ergreifen zu wollen, geben wir diese zahlenmäßigen Ausführungen wieder, weil sie geeignet sind, gegenüber den übertriebenen Befürwortungen, welche die Entdeckung des Tuberkelbazillus vielfach hervorgebracht hat, beruhigend zu wirken.

Freunden eines Vogelgesang-Konzerts ist gegenwärtig der Besuch des Treptower Parks in den Abendstunden zu empfehlen und zwar in dem hinter der Verbindungsbahn zwischen dem alten Köpenicker Wege und der Treptower Gasse gelegenen Theile. Hier hat die seit einigen Jahren eifrig betriebene Ausrottung des Raubzeuges und namentlich der Raben die erfreuliche Wirkung gehabt, daß zahlreiche Nachtigallen-Pärchen in diesem Jahre dort nisten. Mit Beginn der Dunkelheit klingen

dort aus allen Büschen; Nachtigallen, Finken, Stieglitze, Meisen singen um die Wette und von den Rindorfer Wiesen her ruft unaufhörlich der Kuckuk. Von dort kommt regelmäßig, sobald die Sonne verschwindet, der Stralauer Storch, der in dem feuchten Grase dem gegenwärtig sehr erziehbigen Froschsänge obliegen hat und fliehet im hohen Fluge quer über den Treptower Park und die Spree hinweg seinem Neste zu. Das Schauspiel, von einer der Bänke im Park aus beobachtet, ist für den Naturfreund un-gemein reizvoll.

O, welche Lust, Soldat zu sein! Wir lesen in „Anz. f. d. Gavell“: Als ein demitleidenswerther Krüppel, sein Lebenlang fast gänzlich unfähig sich mit seiner Hände Arbeit sein Brot zu verdienen, ist am 1. Juni cr. ein Soldat des 8. Garde-Grenadier-Regiments Königin Elisabeth aus dem Militärstande entlassen worden. Wie der Aermste in eine so traurige Lage gerathen ist, das trag sich folgendermaßen zu. Am 6. November v. J. wurde der Arbeiter Stanislaus Torkala, aus dem Kreise Meseritz gebürtig, als Rekrut in die 1. Kompanie des genannten Regiments einrangirt. Bei den Exercitien mit dem Gewehr ist bei einzelnen Griffen wohl ein kräftiges Aufschlagen mit der Hand auf den Gewehrschaft erforderlich. Am 29. Januar cr. zeigte sich die rechte Hand des Soldaten infolge dieser starken Griffe entzündet und geschwollen. Der Mann machte seinen Unteroffizier auf das Leiden aufmerksam, und dieser meinte, daß die Hand gebadet werden müßte. Trotz des offenbar leidenden Zustandes der Hand mußte der Soldat noch drei Tage dieselben Exercitien ausführen. Als ein dreimaliges Baden der Hand mit warmem Wasser, welches sich der Soldat selbst besorgte hatte, nicht half, wurde die Hand am vierten Tage unter Aufsicht des Unteroffiziers im Beisein anderer Soldaten in der Kasernenstube in folgender ungläublichen Weise gebadet. Der Soldat wurde genöthigt, seine kranke Hand etwa eine Stunde in fast siedend heißes Wasser zu halten; während dieses Badens wurde eine Zeitlang das Feuer unterhalten, durch welches das Wasser erwärmt wurde. Mit einem Knüttel stand der Unteroffizier neben dem Soldaten und zwang denselben durch Drohungen und Mißhandlungen diese un-erhörte Qual zu ertragen. Die Folgen dieser unmenslichen Behandlung blieben nicht aus. Die Hand wurde total verbrüht, und das Fleisch hing lose von den Knochen der Finger herab. Der Soldat kam nunmehr ins Lazarett, in welchem er ca. 7 Wochen behandelt wurde. Als er dasselbe verließ, war er ein arbeitsun-fähiger Krüppel. Die Fingerspitzen sind gekürzt, ein Glied ist amputirt, die Hand selbst ist steif geblieben. Jeden Morgen durfte der bedauernswerthe Mann dann noch in der Kaserne sich aufhalten; und es wurden betreffs seiner Invalidenpension Verhandlungen geführt. Am 1. Juni wurde ihm der Bescheid des Generalcommandos schriftlich übergeben, worin dem „temporär Ganzinvaliden und temporär theilweise erwerbsunfähigen Grenadier Stanislaus Torkala ein Invalidenlohn von neun Mark monatlich zugesprochen und er zum Bezirkscommando Berlin I. entlassen ist. Als ihm das Schriftstück übergeben wurde, bedeutete man ihm, daß er nun die Kaserne zu verlassen habe. Als er nicht sofort ging und einwendete, daß er ja völlig mittellos sei und betteln gehen müßte (seine Invaliden-pension hatte er noch nicht erhalten), mußten zwei Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr antreten und ihn zwingen, die Kaserne zu verlassen. Veleidet mit einem abgenutzten Refero-anzuge und ein kleines Bündel mit wenigen Habseligkeiten unter dem Arm, verließ der invalide Soldat mit Thränen in den Augen die Kaserne. Einem Bürger der Stadt lagte er sein Leid und erhielt von demselben ein kleines Geldgeschenk, so daß er wenigstens nach Berlin fahren konnte, um dort event. weitere Schritte zur Besserung seiner traurigen Lage zu thun. Gegen die Entscheidung des Generalcommandos hatte der Soldat übrigens schon beim Kriegsministerium Rekurs eingelegt. Von dieser Stelle war ein Bescheid bisher noch nicht ergangen. Der Mann ist völlig mittel-los und ohne Angehörige; falls ihm nicht eine größere Inva-lidenpension gewährt wird, ist er dem Elend preisgegeben. Der Unteroffizier ist wegen der Behandlung des Soldaten mit mehreren Monaten Festungshaft bestraft worden.

Wahrscheinlich hat dieser Barbar von Unteroffizier dem armen Menschen die Hand gefocht — und dafür 9 M. monatlich, das kommt ja noch nicht einmal der berühmten 88^{er} Pfennig-Rente gleich!

In der Schwere einer Fliege ist bei einem zwölfjährigen Knaben ein schwerer Fall von Blutergießung herbeigeführt worden. Vor wenigen Tagen verspürte der kleine Patient heftiges Stechen im Zeigefinger der rechten Hand; wenige Stunden darauf schwell der Finger und bald darauf die Hand heftig an. Als auch der Unterarm von der Schwellung ergriffen wurde, ließen die Eltern einen Arzt holen, welcher eine bereits hochgradige Blutergießung konstatierte und die sofortige Ueberführung des Kindes nach der Klinik anordnete. Ob es gelingen wird, ohne Amputation des infizirten Armes dem Knaben zu retten, ist fraglich.

Ein entsetzliches Unglück ereignete sich am Montag früh auf dem Bahnhof von Berlin-Görlitzer Eisenbahn bei Niederkreuz-weide. Als der von Königs-Wusterhausen um 8.39 Uhr ein-fahrende Vorortzug in den Bahnhof einfuhr, eilte eine Frau auf denselben zu. Bevor der Zug gänzlich stillstand, riß sie die Waggonthür auf und suchte in den Waggon einzusteigen. Sie blieb indessen mit ihren Kleidern am Trittbrett hängen, wurde wieder herabgerissen und kam so unglücklich unter die Räder, daß ihr beide Beine abgefahren wurden. Die Aermste wurde, nachdem ihr ein Nothverband aus dem im Bahnhofgebäude vor-handenen Verbandkasten angelegt, mit dem Zuge nach Berlin geschafft, wo sie im Krankenhaus Westhagen in bewusstlosem Zu-stande Aufnahme fand. Dort wurden ihr noch an demselben Tage beide Beine amputirt. Während der Amputation hat die Un-glückliche in einem kurzen Augenblicke angegeben, daß sie eine ver-ehelichte Handweiberin Winkler aus Noweitz sei.

Ein elegant gekleideter Herr flog vor einigen Tagen vor dem Hause Belle-Alliancestraße 17 aus einer feinen Equipage, um den Wirth des Hauses aufzusuchen. Im Flux ließ er, ohne es zu merken, ein Kowert fallen, und als später die Portierfrau des Hauses dasselbe aufhob, bemerkte sie zu ihrem Erstaunen, daß drei Tausendmarkscheine den Inhalt des Kowerts bildeten. Es läßt sich denken, daß die überraschte Frau die kostbaren Papiere eine Zeit lang anstarrte. So traf sie der Stube, der seinen Verlust bereits entdeckt hatte. „Ach, ach“, nälsete er, „ist ja famos, liebe Frau, daß Sie das Glück gehabt. Drei Tausend-markscheine, nicht wahr? Giebt's doch noch ehrliche Leute, ach, ach.“ Sprach's, schritt stolz auf seinen Wagen zu, fuhr davon und hat bis heute nichts wieder von sich hören lassen. Ein Gentleman comme il faut.

Polizeibericht. Am 4. d. M. Vormittags wurde der Holz-händler Kemmer auf dem Holzplatze Albrechtstraße von seinem Wagen überfahren und erlitt hierbei einen Bruch des linken Unter-schenkels und eine Verletzung des rechten Kniegelenks, so daß er mittelst Droschke nach der königlichen Klinik gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit fiel der Arbeiter Flug, als er auf dem Hof des Grundstücks Antonstr. 4/4 einfuhr, von seinem mit Fässern beladenen Wagen, wurde überfahren und auf der Stelle getödtet. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe geschafft. — Mittags hatte der Händler Schipanski die zur Einfahrt des un-bebauten Grundstücks Nr. 1 der Straße 43 Abtheilung XI ge-hörige Verschlußthür ausgehoben und löste vor die Thorschwelle gestellt. Infolge eines Windstoßes fiel die Thür nach dem Bürger-steige zu um und traf einen dort spielenden 4-jährigen Knaben so unglücklich, daß er einen Bruch des rechten Unter-schenkels erlitt. Der verletzte Knabe wurde zunächst nach der elterlichen Woh-nung und von dort nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. Nachmittags wurde an der Ecke des Tempelhofer Ufers und der Großbeerensstraße eine ältere Dame, anscheinend infolge eigener Unvorsichtigkeit, von einem Kutschwagen überfahren und erlitt hierbei so schwere innere Verletzungen, daß sie nach der Charite gebracht werden mußte. — Zu derselben Zeit wurde eine Frau an der Ecke der Admiral- und Brayerstraße aus einer

unbedeutenden Kopfwunde blutend und anscheinend innerlich krank, auf dem Bürgersteige liegend aufgefunden und nach der Charite gebracht. — Um dieselbe Zeit sprang ein Mann von dem Hause Spanbauerstraße 35 von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen und zog sich dadurch einen Bruch des linken Unter-schenkels zu. Derselbe wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — In der Nacht zum 5. d. M. versuchte ein Arbeiter auf dem Flur des Hauses Tulastraße 5 sich in selbstmörderischer Absicht mittelst eines Taschenmessers die Pulsadern an den Händen zu durchschneiden. Nach Anlegung eines Nothverbandes wurde er auf ärztliche Anordnung nach dem Krankenhaus gebracht. Am 4. d. M. fanden an zwei verschie-denen Stellen kleinere Feuer statt.

Gerichts-Beifung.

Als ersten Staatsanwalt der gemeinsten Art bezeichnete gestern der Handlungsweise des früheren Zigarettenfabrikanten Paul Jungmann, welcher wegen Betrug vor der Verurtheilung Strafkammer des Landgerichts I stand. Jungmann war vom Schöffengerichte zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt worden und hatte wegen der Höhe der Strafe Einspruch erhoben. Im September v. J. traf der Angeklagte als Fremder in Berlin ein, wo er im Grand Hotel Alexanderplatz abstieg. Es gelang ihm, das ihm bedienende Zimmermädchen, die Tochter ehrfamer Handwerksleute aus dem Säch-schen durch Heirathsversprechen zu beherrschen. Er gab sich für einen Kaufmann aus, welchem hier eine solche Stellung in Aussicht stehe; sobald er eine solche erhalten, sollte die Hochzeit sein: Der Angeklagte spielte den ehrlich denkenden Liebhaber mit solcher Natürlichkeit, daß er sich sogar erbot, nach der Heimath des Mädchens zu reisen, um bei den Eltern um die Hand der Tochter anzuhalten. Der Plan gelangte auch zur Ausführung. In schwungvoller Weise schilderte der Angeklagte in einem Briefe an das Mädchen das hohe Glück, das ihm durch das anstandslos gegebene Jawort zu Theil ge-worden und auch die Eltern wünschten ihrer Tochter Glück zu der Verlobung. Nach wenigen Tagen kehrte Jung-mann nach Berlin zurück. Das nunmehr rüchalt-loß vertrauende Mädchen opferte dem Angeklagten gern ihr nur 50 M. betragendes Ersparniß, als derselbe behauptete, er habe sein Portemonnaie unter dem Kopfkissen des Bettes liegen lassen, welches er in dem Hotel in ihrer Heimath benutzte. Als Jungmann das Geld hatte, verduftete er unter Hinterlassung einer Hoteletschuld von 36 M. Es hat sich herausgestellt, daß das arme Mädchen von einem verheiratheten Mann betrogen worden war, der seine Familie in Breslau im Stiche gelassen hatte. Nur mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten ermäßigte die Verurtheilung Strafkammer das Urtheil des Vorrichters auf 3 Monate Gefängnis.

Die Konkurrenz in dem Wachsgeschäft treibt sonder-bare Blüten. Einer der Fabrikanten soll dadurch ein längeres Wachsgeschäft machen, daß er eine Art Tombola damit ver-bindet. Jeder Topf Wachs enthält am Boden eine gültige Münze, deren Werth sich zwischen dem bescheidenen Pfennig und einem Französischpfennig bewegt. Hat der Käufer den Inhalt des Topfes verwichelt, so tritt die Entscheidung seiner hoffnungs-vollen Erwartung in dem einen oder dem anderen Sinne ein, ent-weder findet er Kupfer, Nickel oder Silber. In den weitaus meisten Fällen soll der Bodensatz aus Kupfer bestehen, in verschiedenen Niederlagen dieser „echten Glanz-Metall-Wachse“ geht aber das Gerücht, es sei schon vorgekommen, daß so ein Wachsopf auch ein richtiger „Glückstopf“ gewesen, der den höchsten Gewinn enthielt. In einigen Haushaltungen soll bei dieser Einrichtung der Verbrauch an Wachs in ausfallender Weise zugenommen haben. Sei dem, wie ihm wolle, jedenfalls hätte die Inhaberin der Firma L. Brehmer u. Sohn in der Blumen-straße die Wittwe Friederike Brehmer, seit diesem Wachs-konkurrenzmanöver einen so bedenklichen Rückgang in ihrem Geschäfts-zu verzeichnen, daß sie, wie sie gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I erklärte, nothgedrungen zu einem ähnlichen Mittel greifen mußte, um nicht alle Kunden zu verlieren. Frau Brehmer hatte eine andere Idee, wie ihr Konkurrent. Wenn ein Wieder-verkauf 80 Töpfe Wachs hatte, so bekam er 30 kleine ver-schlossene Päckchen dazu. In diesen waren „Geschenke“ der ver-schiedenen Art, am häufigsten einige Zuckerkuchen, zwei Stüch-federn oder sonstige nützliche Dinge. Der Wiederverkäufer ließ dann bei Abgabe eines Topfes Wachs das Glück entscheiden, welche Zugabe der Käufer zu erhalten hätte. Nahm ein Wiederverkäufer aber Töpfe größerer Größe so stieg auch der Werth der Geschenke, unter gleichmäßig aussehenden Päckchen befanden sich dann auch einige, die eine Anweisung auf einen größeren Gegenstand, eine Pracht-schaale, einen Wachsleuchter oder dergleichen enthielten. Der glück-liche Gewinner konnte den Gegenstand dann bei der Firma Brehmer u. Sohn abholen. So hatte es die Wittwe Brehmer gemacht, aber sie hatte nicht gedacht, daß ihre Handlungsweise als Wachs-anstalt einer Lotterie angesehen werden könnte, zu der die polizeiliche Genehmigung erforderlich war. Die Staats-anwaltschaft war dieser Ansicht und, wie deren Vertreter im gestrigen Termine erklärte, wird gegen verschiedene Wachsfabrikanten, die ähnliche Jugumittel anwenden, strafrechtlich vorgegangen werden. Gegen die angeklagte Frau Brehmer beantragte der Staatsanwalt nur eine Geldstrafe von drei Mark. Der Gerichtshof erkannte nach längerer Verathung auf Freisprechung. Die Angeklagte hatte an ihre Wiederverkäufer nur, je nach dem Umfange des Einkaufs, eine bestimmte Zugabe gegeben, bei der das Glück keine Rolle spielte. Die eigentliche Lotterie werde erst von den Wieder-verkäufern veranstaltet, doch hieron könne die Angeklagte nicht betroffen werden.

Ein vielversprechendes Fruchtkorn ist der 13jährige Schultnabe Wilhelm Hah, welcher gestern wegen An-stiftung zum Diebstahl und Mithigung vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I stand. Der Angeklagte hat einen höchst unheilvollen und verderblichen Einfluß auf einen seiner Altersgenossen, den elfjährigen Emil Sack ausgeübt. Der Letztere, ein schwächlicher Knabe, hat zuerst die Gewogenheit des ihm körperlich und geistig überlegenen Angeklagten dadurch ge-wonnen, daß er demselben ein Zehn-pfennigstück schenkte, welches er sich von seinem Fruchtkorn erspart haben will. Von dieser Zeit an will Sack stets mit Geldforderungen seitens des Angeklagten behelligt wor-den sein. Der schwache Knabe, dessen Eltern die Wachs-geschäfte betreiben, bestahl die Ladenkasse, um dem Drängen des Angeklagten nachgeben zu können. Die Geldgier des Letzteren steigerte sich fortwährend, immer größere Summen mußte Sack seinen Eltern entwidmen. Wenn der Letztere sich weigerte, so drohte ihm Hah, daß er ihn durchprügeln oder gar tödtlich schlagen werde, bisweilen wandte er auch die Drohung an, er werde die bisher von Sack begangenen Diebstähle dessen Eltern anzeigen. Als die Sache entdeckt wurde, nahm man dem Angeklagten ein Portemonnaie mit 16 Mark 40 Pfennig ab, die Sack ihm hatte einhändigen müssen. Aus der gestrigen Beweisauf-nahme ging hervor, daß das Treiben der Wachsen ein recht arg-ge-wissen sein muß. Der Angeklagte hatte in verschwiegener Weise mit dem gestohlenen Gelde gewirthschaftet, innerhalb einiger Monate hatte er zwei Taschenmesser, ein werthvolles Meißer und andere Gegenstände gekauft. Außer dem Angeklagten hätten noch andere Altersgenossen von Sack Geld angenommen, diese be-tritten aber gemüth zu haben, daß es von Diebstählen her-rührte. Uebereinstimmend bekundeten die Angeklagten, daß Hah wiederholt durch Drohungen der Sack ge-zwungen habe, ihm Geld zu verschaffen. Trotdem der Angeklagte Sack diesem das Zeugniß eines äußerst verlogenen Knaben gab, hielt der Staatsanwalt den Angeklagten doch in allen Punkten für überführt und beantragte bei dem traurigen Ge-

... den derselbe auf einen jüngeren und schwächeren Mitschüler
... eine empfindliche Strafe — neun Monate Gefängnis.
Der Gerichtshof erkannte auf sechs Monate Gefängnis.
Düsseldorf, 6. Juni. Das Reichsgericht genehmigte die
Revision des Urtheils des Oberlandes Schwurgerichts gegen die
Jungen Niemann, Krause und Gemmer, welche wegen Meines
begangen in dem Wuppertaler Sozialistenprozess, zu 1 1/2
resp. 1 Jahr Zuchthaus verurtheilt worden waren, und verwies
die Angelegenheit zur abermaligen Verhandlung an das Schwur-
gericht in Elberfeld.

Arbeiterbewegung.

Der Ewerführerstreik in Hamburg ist beendet, nachdem in der Versammlung der Streikenden der Beschluss gefasst worden, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen. Die Schuld an dem Mißlingen des Streiks tragen nicht etwa die Ewerführer, welche mit ganz wenigen Ausnahmen bis heute festgehalten haben und auch wohl noch ferner angehalten hätten, wenn Aussicht auf Erfolg gewesen wäre. Das Scheitern des Streiks ist vielmehr dem Umstande zuzuschreiben, daß es den Ewerführern gelungen ist, von Auswärts wenigstens so viele Arbeitskräfte heranzuziehen, daß sie die dringendsten Arbeiten bewältigen konnten. Außerdem hat die Kaufmannschaft die Waare dadurch unterstützt, daß sie jeden gewünschten Preis zahlte und die Lieferungen an seine bestimmte Frist band. Wenn die Ewerführer diesmal unterlegen sind, so sind sie mit Ehren der Uebermacht des Kapitals entlegen.

Haarbrücker, 4. Juni. Der Streik der Glaschleifer auf dem Gebiet der Arbeiter ist beendet. Den Arbeitern wurde eine Lohn- und Arbeitszeitbeschränkung bewilligt. Nachträgliche Maßregelungen wegen Weigerung am Ausstände sind nicht vorgenommen worden.

Malsfeldt-Surbach, 4. Juni. Die auf dem Surbacher Gebiet erfolgte sofortige Entlassung mehrerer dem Reichsschutzverein angehöriger Arbeiter, sowie die Kündigung von über hundert weiteren Mitgliedern haben eine große Aufregung hervorgerufen. Die Arbeiter erblickten in dem Verbot, dem Reichsschutzverein beizutreten, eine Verletzung der ihnen gesetzlich gewährten Koalitionsfreiheit und haben beschlossen, die staatliche Intervention anzurufen. Der Ausbruch eines Streiks erscheint nach Lage der Sache nicht ausgeschlossen. Es treten täglich neue Mitglieder dem Reichsschutzverein bei.

Fürth, 1. Juni. Eine öffentliche Versammlung von hiesigen Arbeitern und Arbeiterinnen der Papierbranche nahm folgende Resolution an: „Die Arbeiter und Arbeiterinnen der gesamten Papierbranche werden unter keinen Umständen die (ihnen von den Unternehmern vorgeschlagenen) Entlassungszeugnisse annehmen, weil sie eine schwere Schädigung der Arbeiterinteressen darstellt, und weil sie eine schwere Schädigung der Arbeiterinteressen darstellt, und weil insbesondere durch dieselben die Arbeiter nicht nur gekennzeichnet, sondern sogar wie Sträflinge nummeriert werden. Auf diese Weise würden die Arbeitgeber am ersten gewonnen werden, aus dem Verbands der Industrieflecken auszutreten und die Zeugnisse von selbst fallen lassen.“ Diese Resolution soll in Form eines Aufrufes, der in allen Zeitungen erscheinen wird, den Arbeitern und Arbeiterinnen zur Kenntniß gebracht werden.

Soziale Uebersicht.

Aufruf an alle Glasergesellen Berlins und Umgegend. Kollegen! In Frankfurt a. M. haben unsere Kollegen am Montag, den 2. Juni, die Arbeit niedergelegt. Nach vergeblichem Bemühen mit den Arbeitgebern, ihre Forderungen auf friedlichem Wege zu erreichen, waren sie zu diesem Schritt gezwungen. Es ist das erste Mal, daß deutsche Glasergesellen (Blankglas) versuchen, ihre Lage zu verbessern. Füllt diese erste Bewegung ins Wasser, so würde dieses einen Rückschlag auf die gesamte Bewegung ausüben. Deshalb, Berliner Kollegen, an uns liegt es, ob das geschieht oder nicht. An uns liegt es hauptsächlich, daß von Berlin aus finanziell die Kollegen in Frankfurt a. M. unterstützt werden. Deshalb appellieren wir an Euer kollegial-solidarisches Gefühl, gebe ein Jeder, was in seinen Kräften steht. Der unterzeichnete Vorstand der Glasergesellschaft Berlins und Umgegend nimmt am Sonnabend, den 7. Juni, um 8 Uhr ab, in der Herberge, Ritterstr. 123 bei Stramm, Unter den Eichen, ein gemeinsames Frühstück entgegen. U. A.: H. Stämpel, erster Vorsitzender.

An alle Arbeiterorganisationen Berlins und Umgegend! Am 10. Mai d. J. legten die Greizer Weber und Weberinnen in der Zahl 5800 einmüthig die Arbeit nieder. Der Grund war: 1. den unaufhörlichen Lohnreduzierungen entgegenzutreten, 2. die übermäßige lange Arbeitszeit von 12 Stunden bei aufreibender Akkordarbeit auf 10 Stunden herabzusetzen. Vier Wochen haben wir bei ganz geringen Unterhaltungen tapfer ausgehalten, die Folge war, daß eine Anzahl Fabriken uns schon Konzessionen machen: die Arbeitszeit auf 11 Stunden und eine Lohnherabsetzung von 10 pCt. eintreten zu lassen.

Arbeiter Berlins, die Ihr an der Spitze der Arbeiterbewegung steht, wir appellieren jetzt an Euch, uns durch schnelle Hilfe zu unterstützen. Sind wir im Stande, am Sonnabend, den 7. d. M., mit dem von Euch gespendeten Gelde die notwendigen Unterhaltungen zu zahlen (die letzte bestand aus Brot und Kartoffeln), dann ist der Sieg unser. Bleibt die Unterstützung aus, dann sind wir verloren. Also nochmals, wir appellieren an Euer Solidaritätsgefühl. Sendungen sind zu richten an Karl Hoffmann, Dresdenstr. 18.

Achtung, Maurer allerorts! In verschiedenen gegnerischen Blättern ist die Nachricht verbreitet, daß der Streik der Hamburger Maurer beendet ist. Es ist dieses eine grobe Unwahrheit, der Streik nimmt vielmehr immer größere Dimensionen an, die Unternehmer sehen ja alles daran, um fremde Kräfte herbei zu locken, in allen Gauen Deutschlands befinden sich Agenten, die durch allerhand Vorspiegelungen Leute nach Hamburg zu locken suchen und von Berlin geht es denn unter polizeilicher Eskorte weiter. Kollegen, wo bleibt da die Freiheit? — Maurer Deutschlands, es ist eines jeden christlich denkenden Kollegen Pflicht, daß er dazu beiträgt, daß nicht ein einziger Mann jetzt eher nach Hamburg geht, bis der Streik als beendet in den Arbeiterblättern erklärt wird. Darum glaubt allen anderen Gerüchten nicht. Es wird nochmals dringend gebeten, folgt dem Schlußpunkte einiger Berliner nicht, denn es ist Prinzipienkampf. Die Namen der Berliner werden wir später in Versammlungen bekannt geben, es sind fast alles dieselben, die vor etlichen Jahren nach Kiel reisten, als sich die Kollegen dort im Streik befanden. Mit kollegialischem Gr. H. W. Kerkar, Berlin, Labenerstr. 4. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um schnell Abdruck gebeten.

Darmstadt, 8. Juni. Der Jahresbericht des hiesigen Fabrikinspektors für die Provinz Starkenburg und den Kreis Worms ist nunmehr auch endlich erschienen. Von 710 Betrieben mit rund 20 000 Arbeitern konnte der Beamte im Vorjahre nur 12 Anlagen besichtigen. Greulicher Weise hatte er aber für die 109 anderen Betriebe, die durch allerhand Vorspiegelungen Leute nach Hamburg zu locken suchen und von Berlin geht es denn unter polizeilicher Eskorte weiter. Kollegen, wo bleibt da die Freiheit? — Maurer Deutschlands, es ist eines jeden christlich denkenden Kollegen Pflicht, daß er dazu beiträgt, daß nicht ein einziger Mann jetzt eher nach Hamburg geht, bis der Streik als beendet in den Arbeiterblättern erklärt wird. Darum glaubt allen anderen Gerüchten nicht. Es wird nochmals dringend gebeten, folgt dem Schlußpunkte einiger Berliner nicht, denn es ist Prinzipienkampf. Die Namen der Berliner werden wir später in Versammlungen bekannt geben, es sind fast alles dieselben, die vor etlichen Jahren nach Kiel reisten, als sich die Kollegen dort im Streik befanden. Mit kollegialischem Gr. H. W. Kerkar, Berlin, Labenerstr. 4. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um schnell Abdruck gebeten.

Mühlen wurde sogar eine Arbeitszeit von 36 Stunden konstatirt. Auch von den 284 Fabriken ohne Nachschichten haben nicht weniger als 160, also die große Mehrheit, eine Arbeitszeit von mehr als 10 Stunden. Man sieht also, was die oft gehörte Behauptung auf sich hat, der 10 stündige Arbeitstag habe sich auch ohne Gesetz schon völlig in der Fabrikindustrie eingebürgert. Daß die Unternehmer bei übermäßiger Arbeitszeit gar nicht profitiren, stellte eine gut geleitete und gut „rentirende“ Maschinenfabrik des Bezirks im Berichtsjahre praktisch fest. Sie arbeitete wegen großer Aufträge über ihre 11 1/2 stündige Arbeitszeit hinaus mit Ueberstunden und an Sonntagen. Da ergab sich nach sorgfältigen Berechnungen, daß der erzielte Mehrertrag der Arbeitsleistung in Menge und Güte bei weitem nicht dem Mehrbetrag an veranschlagten Löhnen entsprach, und es sind deshalb die Ueberstunden und Sonntagsarbeit ausgegeben worden. Der Beamte macht noch interessante Mittheilungen über einzelne Arbeitseinstellungen und ihre Ursachen. Schließlich erwähnt er eine bemerkenswerthe Ueberanstrengung der Arbeiter und der kindlichen Kräfte in der Hausindustrie des Bezirks mit folgenden Worten: „In Dörfern der Umgebung von Seligenstadt werden viele weiblichen Arbeiter in der Hausindustrie mit der Herstellung von Befah- und Pugariffeln von Offenbacher Posamentierwaarenfabriken beschäftigt. Außerdem bieten die Zigarrenfabriken in der dortigen Gegend Arbeitsgelegenheit für männliche und weibliche Arbeiter. Es ist nicht selten, daß Zigarrenfabrik-Arbeiterinnen und jugendliche männliche Arbeiter außer in einer Zigarrenfabrik auch Abends noch zu Hause in Perlenarbeit beschäftigt sind. Zigarrenfabrikbesitzer klagen darüber, daß solche Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter in der Fabrik nicht viel leisten. Leider lassen sich die Hausarbeiter auch durch Kinder in der Arbeit durch Einkübeln von Perlen unterstützen und es werden Kinder damit bis spät in die Nacht beschäftigt.“ Das sind fürchterliche Zustände, die nach gesetzlicher Abhilfe schreien!

An die Schlächter, Fleischer oder Metzger Deutschlands. Kollegen! Vor zehra 8 Wochen wurde in Hamburg ein Verein unter dem Namen „Freie Vereinigung der Schlächter von Hamburg und Vororte“ gegründet, dem sich auch sämtliche Gesellen mosaischer Religion angeschlossen haben. Der Verein hat den Zweck, die geistigen, gewerblichen und materiellen Interessen seiner Mitglieder zu fördern. Dieser Verein ist den Meistern ein Dorn im Auge. Obgleich wir noch in keiner Forderung an die Meister herantreten sind, hat man uns doch am Sonntag, den 1. Juni, einen Nevers zum Unterschreiben vorgelegt. Wer diesen Schein unterschreibt, verpflichtet sich, niemals der „Freien Vereinigung“ beizutreten und wer Mitglied ist, muß sofort austreten, widrigenfalls er seine Entlassung erhält. Da nun in der letzten Versammlung der Beschluß gefaßt wurde, nicht zu unterschreiben, so werden die Arbeitgeber es auf das Ueberste treiben, und vorläufig die Gesellen entlassen. Kollegen allerorts, jetzt liegt es an Euch, uns in unserem gerechten Kampfe zu unterstützen. Unterliegen wir in diesem Kampfe um unser heiligstes Staatsbürgerrecht, so brauchen wir sobald nicht mehr daran zu denken, unsere Lage zu verbessern und uns eine menschenwürdige Stellung zu erringen. Siegen wir in diesem Kampfe, den uns die Meister aufgedrungen haben, dann wird auch bald für die Kollegen ganz Deutschlands die Stunde der Befreiung schlagen, dann wird die Zeit kommen, wo die Kollegen, die noch im Finstern wandeln, erwachen werden und sich aufrufen, um dem Ausbeutungssystem unserer Arbeitgeber entgegen zu treten. — Kollegen! Da die Mitglieder unseres Vereins gefonnen sind, lieber abzureisen, als aus dem Verein zu treten, so ist der Sieg für uns leicht zu erringen, wenn sich die Kollegen ganz Deutschlands mit uns solidarisch erklären und mit allen Kräften dafür eintreten, daß der Zug möglichst fern gehalten wird. Noch besser wäre es, wenn man die Herausforderung der Hamburger Meister damit beantworten könnte, daß auch wo anders, in allen Städten Deutschlands, Nord, Ost, Süd und West, Vereine gegründet würden. Alle Briefe und Anfragen sind zu richten an Th. Wagner, Große Allee Nr. 4 K, St. Georg, Hamburg. Zug ist strengstens fern zu halten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Versammlungen.

Eine öffentliche Volks-Versammlung tagte am Mittwoch Abend in Joel's Festsaal, Andreasstraße, unter Vorsitz des Herrn Heindorf, um zur freireligiösen Gemeinde Stellung zu nehmen. Herr Dr. Wille schildert in seinem Referat die Entstehung der freireligiösen Bewegung, als eine Bewegung des wirtschaftlich frei und selbstständig gewordenen Bürgertums gegen die kirchliche Reaktion der 40 er Jahre. Die freie Gemeinde habe früher einen bürgerlichen Charakter getragen. Sie habe sich jedoch im Laufe der Zeit ihren Statutenparagrafen, welches das Prinzip der freien Selbstbestimmung anerkennt, zu Kluge gemacht; sie sei mit der Entwicklung fortgeschritten. Die Anschauungen und demgemäß die Vorträge hätten sich mit dem Fortschreiten der Vernunft und Wissenschaft geändert. Gesallen sei die Meinung, daß die Welt, die Menschen durch Einwirken auf die Moral gebessert werden können. Diese Ansicht werde jetzt heftig bekämpft. Man wisse, daß der Mensch nur besser werden könne, wenn seine wirtschaftlichen Verhältnisse verbessert werden. Der Charakter der Gemeinde sei ein rein arbeiterfreundlicher. In den Vorträgen werde geboten, was Vernunft und Wissenschaft bieten kann. Es empfehle sich deshalb der Eintritt in die Gemeinde; Jünger, die noch geunden werden, können dann geändert werden. Der zweite Referent, Herr Dr. Lütgenau bringt seine sachlichen Bedenken gegen das freireligiöse Prinzip, wie folgt vor: In den freireligiösen Bestrebungen lassen sich drei Dinge unterscheiden: Kritik der Religionen, Ethik, unabhängig vom Glauben und Begründung einer Weltanschauung auf der Naturwissenschaft. Die Kritik an der Religion kann man vom Standpunkt der Wissenschaft und Volkswissenschaft nur gutheißen. Auffällig aber ist, daß diese Kritik in und von einer Gemeinschaft geübt wird, die selbst als religiöse auftritt. Schon ihr Name bezeugt, die Gemeinde als solche; aber auch in der Sache hat das Freigemeindentum noch recht viel vom Kirchenthum an sich. Da ist der Kult und das Befremdensthe darin: Die Jugendweihe. Wenn die kirchliche Konfirmation nachgeahmt wird, dann wird damit zugestanden, daß dieselbe werthvoll ist. Warum ahmt man die Kirche nach, die man doch sonst bekämpft? Bringt die freireligiöse Erziehung damit nicht den Kindern den herrlichen Begriff des Ueberzeugungskompromisses bei? In der Gemeinde treten ferner die Sprecher als Autoritäten auf. Autoritäten gelten für uns in Dingen, die wir selbst nicht verstehen. Daß ein er alles versteht, ist ein Kleinbürgerlicher, kein sozialistischer Grundsatz. Wenn freireligiöse Männer in freireligiösen Dingen Autoritäten anerkennen, so geben sie damit zu, daß ihre Beschäftigung mit freireligiösen Dingen nicht geistig-selbstständig war, daß sie nicht vollständig begreifen und wissen, sondern zum Theil noch glauben. Das ist nicht wissenschaftlich, nicht demokratisch. Die Kirche zu kritisiren und doch ihre Formen nachahmen, heißt ein Pferd vor, ein hinter den Wagen spannen. Es ist ferner sehr fraglich, ob Kritik der Dogmen, der Religion in den Unterricht der Jugend hineingeht. Die Dogmen sind zum Theil durch die Wissenschaft widerlegt. Daraus folgt aber logisch nur, daß man die Jugend überhaupt nicht mehr damit behelligen. Wir müssen verlangen, daß der Dogmenunterricht aus der Schule verschwindet, allermindestens daß der Religionsunterricht nicht mehr obligatorisch in den Schulen ist. Aber es handelt sich im Jugendunterricht der Gemeinde auch um etwas positives, um die Ethik. Ist der Unterricht wesentlich ethisch, so kann er eine nützliche Vorarbeit liefern für den künftigen ethischen Unterricht der allgemeinen Schulen. Das Gebiet der ethischen sozialistischen Ethik ist noch wenig angebaut, daher ist die

Aufgabe sehr schwierig. Der dritte Punkt der freireligiösen Bestrebungen ist kurz abgethan: Zum Studium der Naturwissenschaften braucht man keine freien Gemeinden zu gründen! Wie verträglich sich überhaupt Naturwissenschaft mit der Einrichtung eines als Autorität lehrenden Sprechers? Das Prinzip der freien Gemeinde ist zum Theil als richtig anerkannt. Ist den Arbeitern nun der Beitritt zur Gemeinde zu empfehlen, wenn das falsche ausgeschieden ist? Mit dem Glauben an einen auferwecklichen Gott ist der wissenschaftliche Sozialismus unvereinbar. Der Sozialist weiß, daß auch die religiösen Auffassungen auf dem Boden der materiellen Verhältnisse entstanden sind. Haltet dem Sozialisten noch etwas Religiöses an, so muß er jene Kritik üben. Je schneller er damit fertig wird und je leidenschaftlicher er dann über die Religionen urtheilt, um so besser. Der Arbeiter, wie die moderne Arbeiterbewegung ihn sich wünscht, muß rasch mit dem Alten fertig werden und seine ganze Kraft auf das Neue wenden. Das thut die Gemeinde nicht. Wenn sie immer wieder den Gottesglauben als etwas Thörichtes und Verwerfliches vorführt und sich mit der Gottheit, die nicht existirt, immer wieder beschäftigt, so muß der Mensch fanatisch werden und die Gottheit eine Bedeutung für ihn erhalten. Die Arbeiter sollen sich deshalb nicht organisiren, um die Religion theoretisch, nach innen, für die Mitglieder zu bekämpfen. Die Gemeinde bekämpft die Kirche nicht praktisch, nach außen, sie bekämpft nicht ihren sozialen und politischen Einfluß. Das können die Arbeiter als freireligiöse nicht anrichten, nur als politische Parteigenossen. Wäre die Gemeinde nur Durchgangsstation, so ginge es an, so entzieht sie der Arbeiterbewegung nur Kräfte. Als ethische und naturwissenschaftliche Gesellschaft verdient die Gemeinde Beifall, da sie dem Volkswissenschaftler verbreitet. Aber darin ist das freireligiöse Prinzip nicht beschloffen. Wollen die Gemeinden der Arbeiterbewegung als Hauptträgerin des Kulturfortschritts dienen, dann müssen sie die religiösen Reste ausschneiden und rein wissenschaftlich werden. Die Arbeiterbewegung hat bestimmte realistische Ziele; nur, wer mit ihr denselben Zielen zuschreitet, ist ihr Verbündeter. Insofern der Gemeinde noch Religiöses anhaftet — Name, Kult, Jugendweihe, Behrautorität und vor allem Fanatismus — ist sie direkt reaktionär. Insofern sie die Menschheit und besonders die Jugend zu fortgesetzter kritischer Beschäftigung mit endgiltig abgethanen Jethümen nöthigt, ist sie indirekt reaktionär. verfährt unpädagogisch und hemmt unbewußt den Fortschritt. Nur wenn sie alles Religiöse ausschneidet, die Natur- und Gesellschaftswissenschaften pflegt und verbreitet, fördert sie die Sache der Arbeiter und hat auf Unterführung zu rechnen. Herr Dr. Wille polemisiert gegen diese Ausführungen. Der Vorwurf, daß die freie Gemeinde eine religiöse sei, sei nicht stichhaltig. Was sei Religion? Nach seiner Meinung nichts anderes als eine Deutung des menschlichen Daseins, aus welcher sich Grundzüge für das menschliche Handeln ergeben. In diesem Sinne nenne sich auch die freie Gemeinde religiös. Ebenso wenig habe die Jugendweihe irgendwelche Keuschheit mit einem kirchlichen Kultus. Die Jugendweihe sei nichts, als eine Feier des Austrittes aus der Schule, der Aufnahme unter die Erwachsenen. Wenn man den Kultus so, wie ihn Herr Dr. Lütgenau auffaßt, erklärt, dann sei auch eine Grabrede, die bei der Beerdigung eines Genossen gehalten wird, ein Kultus. Ungerechtfertigt sei auch der Einwand, daß die Sprecher in der Gemeinde als lehrende Autoritäten auftraten. Im Gegentheil unterliegen sie der Kritik der Gemeinde. Daß eine Kritik an den Dogmen — und zwar nur die allernothwendigsten — geübt werde, geschehe deshalb, um die Kinder gegen die kirchlichen Einflüsse, von denen sie tagtäglich in den Schulen umgeben sind, zu wappnen. Wenn der Referent noch gesagt habe, der Glaube an Gott sei mit dem Sozialismus unvereinbar, dann dürften folgerichtig in sozialistischen Vereinen nur Dissidenten aufgenommen werden. Auch Herr Bogt herr äußert sich gegen Herrn Lütgenau. Die Jugendweihe soll die Jugend auf die Gefahren, die sie im öffentlichen Leben erwarten, aufmerksam machen. Eine Behrautorität sei einmal vorhanden gewesen, aber vor 50 Jahren. Die jetzigen Sprecher machten auch garricht den Anspruch auf Autoritäten. Die Mitglieder der Gemeinde wollen nicht glauben, sondern lernen. Es sei ihm unbegreiflich, wie man für den konfessionslosen Unterricht in den Schulen agitiren solle, ohne mit gutem Beispiel voranzugehen. Sei erst dieses Ziel der Gemeinde erreicht, dann könne man auch auf eine Kritik der Dogmen verzichten. Man müsse die Jugend aufklären, wenn man wolle, daß sie vergessen solle. Bei diesen falschen Voraussetzungen, die auf Unkenntniß der Verhältnisse beruhen, sei auch der Schluß, daß die Bestrebungen der Gemeinde reaktionäre sind, falsch. Herr Baader wünscht die Beibehaltung der Jugendweihe als eines echten Familienfestes. Herr Lütgenau vertheilt sich gegen den Vorwurf, daß er nicht eingeweiht sei, und polemisiert gegen die Anschauungen seiner Gegner. Der Kult sei mit dem modernen Menschen nicht angängig. Wenn die Kinder in der Jugendweihe erst mit den ihnen harrenden Gefahren vertraut gemacht werden, so werde das wenig nützen. Das habe schon im Unterricht zu geschehen. Seine Behauptung in Bezug auf die Behrautorität halte er, sowie seine übrigen Ausführungen, aufrecht. Die Zuhörer der Vorträge seien nur Verlehrte, nicht Kritisirende, da sich keine Diskussion an den Vorträgen knüpfte. Weiter sei nicht ein Unterricht in der Gemeinde zu begründen, sondern es sei auf Abschaffung des konfessionellen Unterrichts in den Schulen zu dringen. Herr Kuchbach, macht der Gemeinde den Vorwurf der Inkonsistenz. Mit dem Austritt Einzelner aus der Kirche werde nichts erreicht. Ein Massenaustritt sei zu organisiren. Seine weiteren Ausführungen rufen so lärmende Zwischenrufe hervor, daß Redner unverständlich wird und abbrechen muß. Herr Wilhelm Werner: Die eben geschehenen Vorgänge beweisen, wie wenig erzieherisch die Arbeit der Gemeinde ist. Das Freidenkertum habe mit der Bewirklichung unserer Ziele nichts gemein. Die Gemeinde suche durch Aufklärung auf die Moral ihrer Mitglieder, auf die Besserung der Verhältnisse einzuwirken; sie vergesse aber, daß die Moral durch die Verhältnisse geschaffen worden ist und daß alle guten Vorsätze an der rauhen Wirklichkeit gescheitern. Die Lehren der Freireligiösen drängen nicht zum Sozialismus. Bezeichnend für die Gemeinde sei, daß ein früherer Jugendlehrer die Dogmen bekämpfte, aber doch das Gottesgnadenthum anerkannte und verteidigte. Die Gemeinde könne nur nützlich als Bildungsverein wirken. In den Vorträgen müsse das herrschende Produktionsystem in Betracht gezogen werden und Aufklärung hierüber verbreitet werden. Die Gemeinde müsse die Mitglieder auf die bevorstehenden Kämpfe vorbereiten. Herr Dr. Wille betont, daß letzteres nicht angehe, da dies außerhalb des Rahmens der freireligiösen Gemeinde liege. Die Gemeinde sei eben kein politischer Verein. Nach Schluß der ausgedehnten Diskussion, die sich bis gegen 1/2 Uhr Nachts hinzog, werden folgende Resolutionen mit Majorität angenommen: „Die Versammlung erklärt sich bereit, in Masse“ der freireligiösen Gemeinde beizutreten und mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Gemeinde in freireligiöser Bahnen, auf dem Boden der modernen internationalen Arbeiterbewegung geleitet wird, nachdem die ihr noch anhaftenden reaktionären Formen abgetreift sind.“ Und: „Die Versammlung ist der Meinung, daß Religion allerdings Privatsache sei, daß aber Bekämpfung der Ueberzeugung keine Privatsache, sondern öffentliche Pflicht sei, und daß daher alle innerlichen Dissidenten auch austreten müssen aus den Kirchen.“

Große öffentliche Versammlung der Rohrlager, Helfer und Verlagsgenossen Berlins und Umgegend am Mittwoch Abend bei Feuerstein. Den Vorsitz führten die Herren Bierka, Karpenkiel und Glasky. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Delegirten vom Weimarer Metallarbeiter-Kongress. 2. Wie stellen sich die Rohrlager und Verlagsgenossen zu den Aussparungen der Metallarbeiter Hamburgs? 3. Wie stellen sich die Rohrlager zu einer Streik-Kontrollkommission? 4. Verschiedenes. Wegen Heiserkeit des Kommissars Herrn Rechner wird beschlossen, den ersten Punkt der Tagesordnung abzusehen und einer demnächst am

